ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wagner, Christian

Working Paper

Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch

Discussion Paper, No. 12/2008

Provided in Cooperation with:
German Institute of Development and Sustainability (IDOS), Bonn

Suggested Citation: Wagner, Christian (2008) : Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch, Discussion Paper, No. 12/2008, ISBN 978-3-88985-403-2, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/199297

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

d·i·e

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

German Development Institute

Discussion Paper 12/2008

Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch

Christian Wagner

Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch

Christian Wagner

DIE-Forschungsprojekt
„Der Einfluss Russlands, Indiens und Chinas auf die Herrschaftsstrukturen in ihrem regionalen Umfeld (RICGOV)“

Bonn 2008

Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
ISSN 1860-0441

Wagner, Christian: Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch / Christian Wagner. DIE-Forschungsprojekt „Der Einfluss Russlands, Indiens und Chinas auf die Herrschaftsstrukturen in ihrem regionalen Umfeld (RICGOV)". – Bonn: DIE, 2008. – (Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik ; 12/2008)
ISBN: 978-3-88985-403-2

Dr. Christian Wagner, Leiter Forschungsgruppe Asien, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit
E-Mail: Christian.Wagner@swp-berlin.org

Das vorliegende Discussion Paper wurde im Rahmen des DIE-Forschungsprojekts „Der Einfluss Russlands, Indiens und Chinas auf die Herrschaftsstrukturen in ihrem regionalen Umfeld (RICGOV)" verfasst. Für die Finanzierung des Projekts danken wir dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

© Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH
Tulpenfeld 6, 53113 Bonn
☏ +49 (0)228 94927-0
🖷 +49 (0)228 94927-130
E-Mail: die@die-gdi.de
http://www.die-gdi.de

Abstract

Die Indische Union gilt aufgrund ihrer Größe, militärischen Stärke und Wirtschaftskraft als „natürlicher Hegemon“ in Südasien. Doch eine genauere Analyse zeigt, dass Indien trotz seiner überlegenen Ressourcen kaum Einfluss auf die Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch genommen hat. Erstens spielt die Förderung von Demokratie in den Nachbarstaaten bis heute keine Rolle in der indischen Außenpolitik. Zweitens verfolgte Premierministerin Indira Gandhi zwar eine aktive Ordnungspolitik und verstand Südasien als Teil der nationalen Sicherheit Indiens. Allerdings konnte sie trotz militärischer Erfolge wie gegen Pakistan 1971 die indischen Interessen in der Kaschmirfrage nicht durchsetzen. Auch gegenüber Bangladesch fand sie kein Mittel, um die Abkehr des Landes von Indien nach dem Putsch von 1975 zu verhindern. Drittens versteht Indien seit den wirtschaftspolitischen Reformen von 1991 die Region Südasien eher als Teil des heimischen Marktes. Trotz der Krisen mit Pakistan in den 90er Jahren prägt der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und das Bemühen um eine stärkte Vernetzung der Region seitdem die Politik Indiens gegenüber seinen beiden größten Nachbarn. Der Schatten der vermeintlichen indischen Hegemonie ist damit deutlich größer, als die reale Einflussnahme Indiens auf die Regierungsstrukturen in beiden Ländern.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

1 Einleitung 1

2 Der analytische Rahmen 2

3 Indien: Demokratie und Außenpolitik 4

4 Indien – Pakistan 9
4.1 Militär 10
4.2 Politik 13
4.3 Wirtschaft 17
4.4 Zusammenfassung 18

5 Indien – Bangladesch 18
5.1 Militär 19
5.2 Politik 21
5.3 Wirtschaft 25
5.4 Zusammenfassung 27

6 Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch 27

Literaturverzeichnis 31

Tabelle 1: Streitkräfte und Militärausgaben in Indien und Pakistan 11

Abkürzungsverzeichnis

AASU	All Assam Students' Union
AL	Awamiliga
ARF	ASEAN Regional Forum
BNP	Bangladesh Nationalist Party
CHT	Chittagong Hill Tracts
IPKF	Indian Peace Keeping Forces
INK	Indischer Nationalkongress
LDC	Least Developed Countries
NVV	Nichtverbreitungsvertrag
OIC	Organisation Islamischer Staaten
PPP	Pakistan's People Party
SAARC	South Asian Association for Regional Association
SAFTA	SAARC Free Trade Area
SAPTA	SAARC Preferential Trade Agreement
VN	Vereinte Nationen

1 Einleitung

Die Indische Union zählt zu den neuen aufstrebenden Mächten des 21. Jahrhunderts. Prognosen gehen davon aus, dass Indien bis 2020 die wachstumsstärkste Volkswirtschaft noch vor Malaysia und China sein wird (Deutsche Bank Research 2005). Die außenpolitischen Folgen dieses wirtschaftlichen Aufstiegs, der Mitte der 80er Jahre einsetzte und seinen innenpolitischen Ausdruck in den Reformen 1991 fand, sind hingegen noch nicht abzusehen. Indien hat zwar seit der Unabhängigkeit 1947 wiederholt seinen Anspruch auf einen Status als Großmacht geäußert, bis heute jedoch keinen Zugang zu exklusiven Institutionen wie einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) oder einen Status als Atommacht im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) erlangt (Wagner 2005a). Allerdings wächst das Interesse der Großmächte, Indien stärker in globale Regime und Institutionen einzubinden, wie nicht zuletzt die wachsende Zahl von strategischen Partnerschaften u. a. seitens der USA, Russlands, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Chinas und der EU unterstreicht.

Der asiatische Raum bleibt hinsichtlich der Regelung regionaler Sicherheitsfragen auch nach dem Ende des Kalten Krieges fragmentiert. Neben bilateralen Bündnissen und multilateralen Institutionen, wie das ASEAN Regional Forum (ARF), spielen klassische Großmachtstrategien weiterhin eine wichtige Rolle (Alagappa 2003). Indien befindet sich geographisch im Zentrum der Krisenregion Südasien[1], in der sich eine Reihe von nationalen und internationalen Sicherheitsproblemen, wie gewaltsame Konflikte des *State- und Nation-building*, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Herausforderungen des internationalen Terrorismus bündeln.

Die wichtigste Ursache für die chronische Instabilität der Region ist der seit 1947 andauernde Streit zwischen Indien und Pakistan um die Zugehörigkeit Kaschmirs. Bislang haben beide Staaten drei ihrer vier Kriege über diesen Konflikt geführt. Seit den Atomtests Indiens und Pakistans im Mai 1998 besteht die Gefahr einer nuklearen Eskalation des Konflikts, so dass der amerikanische Präsident Clinton im Jahr 2000 Kaschmir als „gefährlichsten Ort der Welt“ bezeichnete. Aber auch die Beziehungen Indiens zu seinem zweitgrößten Nachbarn Bangladesch gestalteten sich nach der Unabhängigkeit 1971 oftmals als schwierig und sind bis heute von einer Reihe bilateraler Probleme geprägt.

Die Entwicklung demokratischer Strukturen in den drei Staaten verlief bislang zu unterschiedlich als dass dadurch eine Annäherung der bilateralen Beziehungen erreicht werden konnte. Während sich in Indien, abgesehen von der Zeit des Ausnahmezustands zwischen 1975 und 1977, eine stabile elektorale Demokratie etablieren konnte, gab es in Pakistan und Bangladesch lange Phasen autoritärer Regime. In Pakistan regierten in den 60er Jahren zwischen 1947 und 2007 demokratisch gewählte Regierungen nur ungefähr zwanzig Jahre. In Bangladesch kontrollierte das Militär in der Zeit von 1971 bis 2007 rund 15 von insgesamt 36 Jahren die Regierung. Indien ist damit die stabilste Demokratie in der Region wird aber von seinen Nachbarn als Hegemon angesehen. Dies wirft die Frage auf, ob und inwieweit sich Indien bemüht hat, Einfluss auf die Regierungsstrukturen seiner beiden größten Nachbarn zu nehmen, um damit ein friedlicheres regionales Umfeld zu schaffen.

1 Die Region Südasien umfasst die Staaten Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka, die seit 1985 in der *South Asian Association for Regional Cooperation* (SAARC) zusammengeschlossen sind. Seit 2007 ist auch Afghanistan Mitglied der SAARC.

2 Der analytische Rahmen

Die Frage nach dem Einfluss auf die Regierungs- und Governance-Strukturen in anderen Staaten wirft die Frage nach den damit verbundenen Zielen auf. Dabei lassen sich zunächst intendierte Ziele von nichtintendierten Effekten unterscheiden. Als wichtigstes Ziel, Einfluss auszuüben kann die Durchsetzung eigener Interesse z. B. in bilateralen Konflikten gesehen werden. Davon lassen sich nichtintendierte Effekte unterscheiden, z. B. wenn die Attraktivität des eigenen Regierungsmodells auf die Nachbarstaaten ausstrahlt und dort Reformen in Gang setzt, die zu einer Angleichung von Institutionen und/oder Politiken führen.

Die Diskussion über Macht und Einfluss hat eine lange Tradition in den verschiedenen Theorieschulen der Internationalen Beziehungen. Theorieansätze aus dem Bereich der (neo)realistischen Schule gehen davon aus, dass Staaten ein natürliches Machtstreben aufweisen, um ihr Überleben im internationalen System zu sichern (Herz 1959; Morgenthau 1967; Waltz 1979). Der beständige Kampf der Staaten um ihr Überleben kann sich z. B. in einer aggressiven Außenpolitik sowie in steigenden Rüstungsausgaben niederschlagen. Vor diesem Hintergrund kann der Einfluss auf Regierungsstrukturen von Nachbarstaaten als eine Strategie verstanden werden, das Ziel des Überlebens und der Machtsicherung zu erreichen.

Demgegenüber betonen Ansätze aus dem Bereich der liberalen Schule der Internationalen Beziehungen stärker innenpolitische und gesellschaftliche Faktoren, um außenpolitisches Verhalten zu erklären. Im Falle Indiens und seiner demokratischen Traditionen sind die Annahmen aus der Forschung über den Demokratischen Frieden von Interesse. Deren Grundannahme, die auf Kants Werk „Zum ewigen Frieden“ zurückgehen, lautet, dass Demokratien untereinander keine Kriege führen, was durch zahlreiche empirische Untersuchungen belegt ist (Kant 1991; Oneal / Russett 2001). Aus dieser Perspektive könnte der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in den Nachbarstaaten als Versuch verstanden werden, durch die Unterstützung demokratischer Regime ein stabiles und friedliches Umfeld in Südasien zu schaffen (Wagner 2003). Während neorealistische Ansätze eher auf das klassische Feld der zwischenstaatlichen Beziehungen abheben, betonen Ansätze wie der Demokratische Frieden stärker die Bedeutung von gesellschaftlichen Faktoren zur Erklärung außenpolitischen Verhaltens.

Die zentrale Forschungsfrage lautet damit, ob und wenn ja, welche Anstrengungen Indien unternommen hat, um seine politischen Ordnungsvorstellungen auf die beiden Nachbarstaaten zu übertragen. Damit verbindet sich auch die Frage, inwieweit die Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch von Indien beeinflusst wurden, sodass sich eine Systemkonvergenz mit dem indischen Regierungsmodell bzw. eine Angleichung in einzelnen Politikfeldern entwickelte. Die Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch bilden somit die abhängige Variable, die indische Außenpolitik gegenüber beiden Staaten die unabhängige Variable. Der Begriff der „Regierungsstrukturen“ wird im Folgenden im Sinne von Regimetypen wie Demokratie oder Autokratie definiert sowie im Hinblick auf die Governance-Dimensionen von Stabilität und Fragilität des Staates, seiner Institutionen, Funktionen und Leistungsfähigkeit.

Angesichts der Komplexität der bilateralen Beziehungen und der eher unbefriedigenden Quellenlage stellt sich die Frage, mit welchen Variablen der mögliche Einfluss erfasst

werden kann. Hier bieten sich als Erstes die bilateralen Konflikte an. Inwieweit und mit welchen Mitteln ist es Indien gelungen, bilaterale Konflikte mit den Nachbarn zu seinen Gunsten zu entscheiden? Ein zweite Variable ist die Rolle Indiens in den Übergängen zur Demokratie in den Nachbarstaaten, die in Pakistan 1970 und 1988 sowie in Bangladesch 1972 und 1990 nach langen Phasen der Militärdiktatur stattfanden. Hier stellt sich die Frage, ob und wenn ja, welche Rolle Indien in diesen Übergängen gespielt hat.

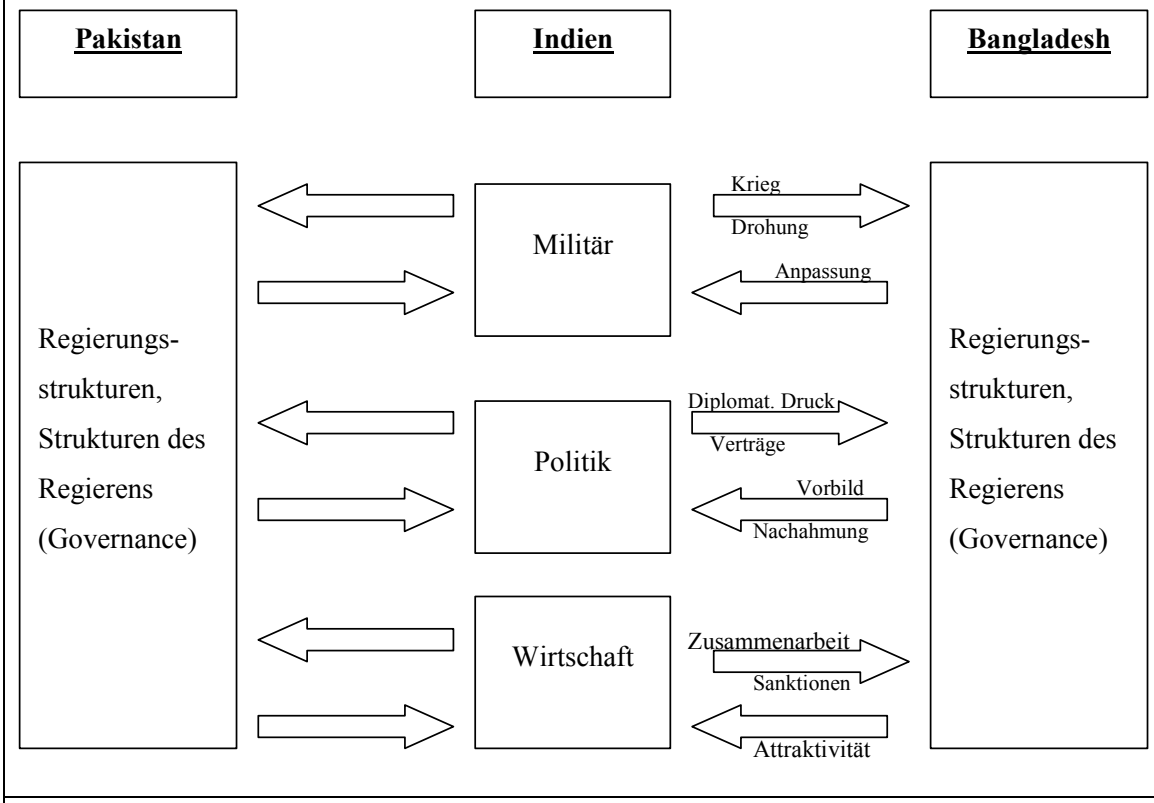
Die Bereiche Sicherheit, Politik und Wirtschaft lassen sich als intervenierende Variablen nutzen, durch die mögliche Einflussfaktoren Indiens auf die beiden Nachbarstaaten sichtbar gemacht werden können. Für alle drei Bereiche lässt sich idealtypischer Weise eine Matrix aus positiven und negativen, direkten und indirekten Handlungsstrategien und Reaktionen erstellen, mit denen die Akteure Interessen durchsetzen bzw. abwehren.

1. Sicherheit: Hierzu zählen Krieg, militärische Interventionen bzw. Friedensverträge, mit deren Hilfe Regierungsstrukturen, Politiken oder bilaterale Konflikte zugunsten der eigenen Interessen verändert werden. Der offensichtlichste Fall wäre z. B., wenn Indien durch eine militärische Intervention einen Regimewandel von einem autoritären zu einem demokratischen System bewirkt hätte. Eine eher indirekte Strategie ist die Drohung mit militärischen oder anderen Zwangsmitteln, um einen solchen Wandel herbeizuführen. Eine weitere und in Südasien verbreitete außenpolitische Strategie ist die Einbeziehung von nichtstaatlichen Gewaltakteuren. Die Unterstützung solcher Gruppen durch Indien, die durch ihren Kampf einen Wandel der Regierungsstrukturen in den Nachbarstaaten hervorbringen, wäre ein Beispiel für diese Form der Einflussnahme.

2. Politik: Hier entstehen durch diplomatische Verhandlungen erzielte Abkommen und Verträge eine Reihe von Möglichkeiten, Einfluss auf Regierungsstrukturen zu erzielen, unabhängig davon, ob diese Vereinbarungen freiwillig oder unter Druck zustandegekommen sind. Neben der zwischenstaatlichen Ebene bilden gesellschaftliche Gruppen wie Parteien oder ethnische Gemeinschaften weitere Akteure, über die Einfluss in benachbarten Staaten ausgeübt werden kann. Gerade im südasiatischen Kontext, wo es eine Reihe von grenzüberschreitenden religiösen, ethnischen oder linguistischen Gemeinschaften gibt, können dies wichtige Akteure sein. Ein weiterer Fall wäre, wenn z. B. in den Nachbarstaaten politische Institutionen Indiens übernommen wurden, da sie beispielsweise attraktiv im Sinne der Konfliktbewältigung erschienen.

3. Wirtschaft: Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit bieten sich ebenfalls eine Fülle von Möglichkeiten, Einfluss auf Regierungsstrukturen zu nehmen. Durch die Wirtschaftsbeziehungen können langfristig strategische Gruppen in den Nachbarstaaten gefördert werden, die den eigenen politischen Zielen nahe stehen. Zum einen besteht die Möglichkeit durch positive Anreize, einseitige Handelserleichterungen oder bilaterale Abkommen die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen. Zum anderen können Staaten versuchen, durch Maßnahmen wie Sanktionen wirtschaftspolitische Entwicklungen in den Nachbarstaaten zu beeinflussen.

Das folgende Schaubild soll die verschiedenen Wirkungszusammenhänge illustrieren:



Quelle: eigene Darstellung

Bevor jedoch die bilateralen Beziehungen Indiens zu seinen beiden größten südasiatischen Nachbarn analysiert werden, muss als Erstes das Verhältnis von Demokratie in der indischen Außenpolitik erörtert werden. Dies ist notwendig um zu überprüfen, ob und inwieweit die eingangs gemachten theoretischen Annahmen auch einen Widerhall in der indischen Außenpolitik gefunden haben. Anschließend sollen anhand der drei Bereiche das indisch-pakistanische Verhältnis und die Beziehungen Indiens zu Bangladesch untersucht werden. Methodisch wird für die Studie die vorhandene Primär- und Sekundärliteratur ausgewertet. Als Untersuchungszeitraum wird für Pakistan die Zeitspanne zwischen 1947 und 2007, für Bangladesch die Phase zwischen 1971 und 2007 herangezogen. Trotz der unzureichenden Quellenlage sollte es möglich sein, Aussagen über Umfang und Ausmaß des indischen Einflusses treffen zu können, da diese Aspekte von der wissenschaftlichen Diskussion in den jeweiligen Ländern aufgegriffen werden sollten.

3 Indien: Demokratie und Außenpolitik

Das indische Staats- und Entwicklungsmodell verstand sich nach der Unabhängigkeit 1947 als dritter Weg zwischen Kapitalismus westlicher Prägung und Sozialismus nach sowjetischem Modell. Mit einer Demokratie, die sich an westlichen Vorbildern orientierte und einen Wirtschaftssystem, das starke Anleihen am sozialistischen Modell nahm, sollte die Entwicklung des Landes vorangetrieben werden. Das Streben nach Eigenständigkeit und Unabhängigkeit schlug sich auch in der Außenpolitik nieder. Bereits vor der Unab-

hängigkeit hatte Jawaharlal Nehru, der später nicht nur das Amt des Premierministers, sondern auch des Außenministers inne hatte, neben den USA und der Sowjetunion, China und Indien als künftige Weltmächte gesehen (Nehru 1946, 535).

Nehru setzte sich auf internationaler Bühne nicht nur für eine stärkere Zusammenarbeit der Entwicklungsländer ein und propagierte eine enge Kooperation mit China, sondern befürwortete auch den Kampf von antikolonialen Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika. Allerdings verfolgte die indische Regierung jenseits der politischen Proklamationen keine weiteren Anstrengungen, um einen solchen *Regime Change*, z. B. durch die Lieferung von Waffen oder die Entsendung von Truppen oder Ausbildern zu unterstützen. Der 1954 mit China unterzeichnete Vertrag über Tibet legte die fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz fest, die auch zu Leitlinien der indischen Außenpolitik wurden: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, Nichtaggression, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz (Maxwell 1970, 78; Alagappa 2003, 572).

Trotz seiner oft als idealistisch bezeichneten Außenpolitik im internationalen Kontext verfolgte Nehru gegenüber den Nachbarstaaten in Südasien aber auch „realistisch" geprägte außenpolitische Strategien. Hintergrund waren die verschiedenen territorialen Konflikte denen sich Indien nach 1947 gegenüber sah. Die britischen Kolonialherren waren zwar abgezogen, aber es gab weiterhin französische und portugiesische Besitzungen in Indien. Der Streit mit Pakistan um die Zugehörigkeit Kaschmirs hatte 1947/48 bereits zum ersten Krieg zwischen beiden Staaten geführt. Des Weiteren gab es strittige territoriale Ansprüche mit China im Nordosten der Indischen Union. Als Rechtsnachfolger Großbritanniens unterzeichnete Indien 1949/50 neue Verträge mit den Himalaja-Königreichen Bhutan, Sikkim und Nepal, und sicherte sich dadurch eine weitgehende Mitsprache in deren inneren Angelegenheiten.

Von Beginn an wurde die indische Außenpolitik nicht nur von der Exekutive, sondern zumeist nur von wenigen politischen Führern und ihren Beraterstäben geprägt. Nehru hatte sich bereits in der Kolonialzeit mit internationalen Fragen beschäftigt und übernahm nach der Unabhängigkeit nicht nur das Amt des Premierministers, sondern auch das des Außenministers. Seine idealistisch geprägte Außenpolitik und seine Annäherung an China wurden zwar vereinzelt kritisiert, doch entwickelte sich daraus keine Diskussion über die grundsätzliche Ausrichtung der Außenpolitik (Bajpai 1952). Das Parlament hat verfassungsrechtlich nur wenig Kompetenzen und hat in außenpolitischen Fragen kaum ein Rolle gespielt (Jetly 1979). So müssen z. B. außenpolitische Verträge nicht durch das Parlament ratifiziert werden. Das Kabinett war ebenfalls kaum in außenpolitische Entscheidungen einbezogen, da Nehru solche Themen kaum auf die Tagesordnung setzte (Appadorai 1981, 81). Selbst die Entscheidung für die militärische Intervention in Goa im Dezember 1961, mit der die letzte europäische Enklave in Indien befreit werden sollte, wurde dem Kabinett lediglich kurzfristig mitgeteilt, das der Entscheidung ohne Diskussion zustimmte (Tharoor 1982, 24). Hintergrund war, ganz offensichtlich, die dominierende Rolle der Kongresspartei, die bis 1989 von der Nehru-Gandhi-Dynastie geführt wurde, sowie die Konzentration auf die innenpolitische Entwicklung, um Armut und Unterentwicklung zu überwinden.

Unter Premierministerin Indira Gandhi erfolgte in den 70er Jahren eine „realistische" Wende, die zu einer Neuorientierung der indischen Außenpolitik gegenüber den Nachbar-

staaten führte. Sie entwickelte die Vorstellung, dass die Staaten Südasiens einen Teil der nationalen Sicherheit Indiens darstellen. Dies bedeutete, dass Konflikte in den Nachbarstaaten nur mit Hilfe Indiens und ohne die Einbeziehung anderer Großmächte beizulegen seien. Indira Gandhi verstand Indien sehr viel stärker als ihr Vater Nehru als regionale Ordnungsmacht. Zwar wurden diese als Indira-Doktrin bezeichneten Vorstellungen nie explizit formuliert, ließen sich aber aus den offiziellen Verlautbarungen und der praktischen Politik gegenüber den Nachbarstaaten ableiten (Hagerty 1991). Indira Gandhi wandte sich wiederholt gegen die Einrichtung ausländischer Militärbasen in der Region und im Indischen Ozean, propagierte die Demilitarisierung des Indischen Ozeans und beharrte bei Konflikten mit den Nachbarn auf dem Prinzip bilateraler Verhandlungen, um Allianzen zwischen den Nachbarn und externen Großmächten oder internationalen Organisationen gegen Indien zu unterbinden.

Indira Gandhi verfügte innenpolitisch z. T. über größere parlamentarische Mehrheiten als ihr Vater Nehru. Zudem konzentrierte sie in der innerparteilichen Auseinandersetzung die Entscheidungsbefugnisse in den 70er Jahren zunehmend auf ihre Person. Obwohl es in ihrer ersten Amtsperiode von 1966 bis 1977 vier Außenminister gab, wurden zentrale außenpolitische Entscheidungen weiterhin von ihr und ihren engsten Beratern getroffen, wie z. B. der Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion im August 1971 oder der Vertrag von Simla mit Pakistan im Juli 1972 (Mathur / Kamath 1996). Ihre Außenpolitik und die damit verbundenen Entscheidungsverfahren wurden unter ihrem Sohn Rajiv fortgeführt, der nach der Ermordung Indira Gandhis im Oktober 1984 neuer Premierminister wurde.

In diese Phase fallen die indischen Interventionen und Polizeiaktionen in Ostpakistan (1971), Sri Lanka (1971, 1987–1990) sowie auf den Malediven (1988). Von Ostpakistan abgesehen hat Indien in den anderen Staaten nur auf Bitten der jeweiligen Regierungen interveniert. In Sri Lanka unterstützte Indien 1971 die Regierung bei der Niederschlagung einer marxistischen Aufstandsbewegung. 1988 kamen indische Truppen der Regierung auf den Malediven zu Hilfe, um einen Putschversuch niederzuschlagen. Im Falle der zweiten indischen Intervention in Sri Lanka, die zur ersten und bislang einzigen Stationierung von indischen Truppen im Ausland, den *Indian Peace Keeping Forces* (IPKF) ohne ein Mandat der Vereinten Nationen (VN) führte, hatte die Regierung in Neu-Delhi im Vorfeld Druck auf die Regierung in Colombo ausgeübt, einem solchen Abkommen zuzustimmen (Muni 1993). Die indische Intervention war ein politisches und militärisches Fiasko und endete mit dem Abzug der IPKF im März 1990. Damit endete zugleich eine Phase der indischen Außenpolitik, die auf das engste mit der Gandhi-Dynastie verbunden war. Aufgrund der verschiedenen politischen und militärischen Interventionen in dieser Phase entwickelte sich in den Nachbarstaaten das Bild von Indien als *regional bully* (Wagner 2005b).

Angesichts der bilateralen Probleme, die Indien mit allen Nachbarstaaten hatte, erstaunt es nicht, dass sich trotz gemeinsam zu lösender Aufgaben wie Armutsbekämpfung, mangelnde Infrastruktur und Umweltprobleme sich kaum Formen der regionalen Zusammenarbeit entwickelten. Erst 1985 entstand infolge einer Initiative Bangladeschs Ende der 70er Jahre die *South Asian Association for Regional Association* (SAARC), deren Gründung angesichts des schwelenden indisch-pakistanischen Konflikts bereits ein Erfolg war.

Der „Beinahe-Kollaps“ der indischen *mixed economy* im Frühsommer 1991 leitete eine wirtschaftpolitische Neuorientierung ein, die in der Folge stärker auf Exportförderung,

Weltmarktintegration und ausländische Direktinvestitionen setzte. Dieser Politikwechsel hatte auch weitreichende Konsequenzen für die Außenpolitik, bei der nun wirtschaftspolitische Fragen in den Mittelpunkt rückten. Die von Premierminister Narasimha Rao 1994 formulierte *Look East* sollte die Beziehungen Indiens mit den wirtschaftlich aufstrebenden Staaten in Ost- und Südostasien intensivieren (Rao 1994). Innenpolitisch markierten die 90er Jahre das Ende der politischen Dominanz der Kongresspartei. Zwar gewann die Partei die vorgezogenen Wahlen im Frühjahr 1991, doch konnte sie erstmals keine eigene Mehrheit erringen und war auf die Zusammenarbeit mit anderen politischen Parteien angewiesen. Politisch stellte I. K. Gujral, der Außen- und Premierminister in der *United Front*-Regierung zwischen 1994 und 1996 war, das Verhältnis zu den Nachbarn auf eine neue konzeptionelle Grundlage. Die nach ihm benannte Doktrin besagte (Gujral 1998):

1. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten Bhutan, Bangladesch, den Malediven, Nepal und Sri Lanka sollten nicht mehr auf Gegenseitigkeit beruhen. Indien sollte als größerer und wirtschaftlich stärkerer Partner bereit sein, den kleineren Staaten bei bilateralen Konflikten einseitig größere Zugeständnisse zu machen (Nicht-Reziprozität).
2. Kein Staat Südasiens sollte sein Territorium für Aktionen zur Verfügung stellen, die sich gegen einen anderen Staat richten.
3. Es sollte keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten geben.
4. Alle Staaten Südasiens sollten die territoriale Integrität und Souveränität der Nachbarn achten.
5. Streitfälle sollten friedlich durch bilaterale Verhandlungen beigelegt werden.

Dieses Konzept einer „Politik der guten Nachbarschaft“ (Wieck 1997) sollte die Indira-Doktrin einer Politik der Stärke und inneren Einmischung ersetzen. Weniger Erwägungen wie nationale Sicherheit, die noch zu Zeiten Indira Gandhis das Verhältnis zu den Nachbarstaaten geprägt hatten, als vielmehr wirtschaftliche Fragen sollten jetzt die bilateralen Beziehungen bestimmen. Damit erhielt auch die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit einen deutlich höheren Stellenwert in der Außenpolitik. Es war u. a. dem Wirken Indiens zu verdanken, dass 1995 das SAARC *Preferential Trade Agreement* (SAPTA) und 2006 die SAARC *Free Trade Area* (SAFTA) in Kraft traten, um den regionalen Handel zu intensivieren, der bislang nur ca. 5 % des Gesamthandels umfasst.

Da die Erfolge der Zusammenarbeit aber von der Stärke der Beteiligten abhingen, war Indien angesichts seiner wirtschaftlichen Dominanz überzeugt, sich mit dieser neuen außenpolitischen Strategie keine allzu großen Nachteile gegenüber seinen kleineren Nachbarn einzuhandeln. Eine offensichtliche Folge dieser neuen indischen Außenpolitik gegenüber den Nachbarn in Südasien ist, dass die politischen Interventionen deutlich zurückgegangen sind. Selbst direkte Anfragen mit der Bitte um Unterstützung, wie im Falle Sri Lankas im Jahr 2000, wurden von der indischen Regierung abgelehnt. Nach dem politischen und militärischen Fiasko der indischen Vermittlung Ende der 80er Jahre war die Regierung nicht bereit, sich erneut in dem Bürgerkrieg zu engagieren.

Deutlich wurde die veränderte Ausrichtung der indischen Außenpolitik gegenüber den Nachbarn auch im Kontext der SAARC. Indien zählt seit den 90er Jahren nicht nur zu den Befürwortern einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sondern ist seitdem auch stärker bereit, ganz im Sinne der Gujral-Doktrin, einseitig Zugeständnisse für die *Least Developed Countries* (LDCs) in der SAARC zu machen. So verkündete der indische Premierminister Manmohan Singh auf dem 14. Gipfeltreffen der SAARC im April 2007 in

Delhi einseitige Handelserleichterungen Indiens für die ärmeren SAARC Staaten, um den Prozess der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu beschleunigen. Eine weitere Initiative Indiens zielte auf die stärkere Vernetzung („*connectivity*“) Südasiens ab. Hierbei handelt es sich vor allem um eine Verbesserung der Infrastruktur innerhalb der SAARC, um den Warenverkehr und Reisen zu erleichtern (Singh 2007).

Mit der Annäherung zwischen Indien und Pakistan infolge des Verbunddialogs seit 2004 ist die regionale Sicherheit in Südasien so gut wie nie zuvor in der über sechzigjährigen Geschichte seit der Unabhängigkeit des Subkontinents. Allerdings hat sich die innenpolitische Situation in den meisten Nachbarstaaten Indiens im Verlauf der 90er Jahre rapide verschlechtert. Trotz seiner zahlreichen innenpolitischen Probleme gilt Indien aufgrund seiner demokratischen Traditionen in internationaler Perspektive als Stabilitätsanker in der notorischen Krisenregion.

Die damit verbundene Frage der Demokratieförderung hat bislang aber so gut wie keine Rolle in der indischen Außenpolitik gespielt (Mohan 2007). Ende der 90er Jahre hat sich vor allem im verbesserten indisch-amerikanischen Verhältnis eine Diskussion zu diesen Fragen entwickelt, die auch neue indische Initiativen zur Folge hatte. So beteiligte sich Indien 1999 u. a. mit den USA an der *Community of Democracies Initiative*, die sich 2000 erstmals in Warschau trafen. Beim Gipfeltreffen 2005 verkündeten der amerikanische Präsident Bush und der indischen Premierminister Singh die *Global Democracy*-Initiative, und Indien beteiligte sich auch an dem neu geschaffenen *UN Democracy Fund*. Führende Politiker betonen zwar immer wieder den Vorbildcharakter der indischen Demokratie, doch leitet sich daraus bislang keine weiterführende außenpolitische Strategie ab. Die indische Demokratie mag zwar in vielerlei Hinsicht ein Erfolgsmodell sein, weist aber auch genügend Defizite z. B. im Hinblick auf den Umgang mit sozialen Problemen auf, die ihre Exportfähigkeit fragwürdig erscheinen lassen (Wagner 2006). Einschlägige Demokratie-Indices wie z. B. *Freedom House* machen die Unterschiede in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit im Vergleich zu westlichen Demokratien deutlich. Allerdings gibt es keinen Zusammenhang zwischen der demokratischen Entwicklung in Indien und den Beziehungen gegenüber den Nachbarn. Die Verschlechterung Indiens im *Freedom House*-Index Mitte der 70er Jahre aufgrund des Ausnahmezustands, und Anfang der 90er Jahre, infolge der Eskalation der Gewalt in Kaschmir, hatten keine nachweisbaren Folgen für die Außenpolitik.

Indien teilt zwar mit der westlichen Staatengemeinschaft die Prinzipien von Demokratie, doch sollte daraus nicht geschlossen werden, dass es auch eine westliche Politik der Demokratieförderung unterstützt (Raman 2000). Mit der damit verbundenen Aufgabe des Prinzips der Nichteinmischung würde Indien international vermutlich sein Ansehen als Fürsprecher der Blockfreien Staaten und der Entwicklungsländer verspielen, was kaum vorstellbar erscheint. Im Vorfeld des *Africa Forum Summits* in Delhi im April 2008 haben Vertreter des Außenministeriums noch einmal deutlich gemacht, dass Indien zur Kooperation in Drittstatten eher auf Staaten wie Brasilien, die selbst kein koloniales Erbe haben, als auf die Zusammenarbeit mit Europa setzt (Dikshit 2008).

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich im Hinblick auf die Nachbarstaaten, deren interne Konflikte von zentraler Bedeutung für Indien sind, weil sie unmittelbar indische Sicherheitsinteressen berühren. Premierminister Manmohan Singh gab den indischen Sicherheitsbedenken Ausdruck, als er darauf verwies, dass es sich Indien nicht leisten könne,

dass Staaten scheitern (Singh 2006). Allerdings zeigen sowohl die Jahresberichte des Verteidigungsministeriums als auch die Reden des Außenministers, dass Indien weiterhin kein Interesse daran hat, seine politischen Ordnungsvorstellungen zu exportieren (Ministry of Defence 2006; Varadarajan 2007). Viel spricht deshalb dafür, dass die Sicherung nationaler Interessen und nicht die Förderung gemeinsamer Werte die indische Außenpolitik bestimmen werden.

Der einzige Konflikt in einem Nachbarstaat, in dem sich die indische Regierung in den letzten Jahren aktiv engagierte, war der Bürgerkrieg in Nepal. Hier standen sich seit 1996 eine militante maoistische Aufstandsbewegung, eine Allianz großer Parteien und die Monarchie gegenüber. Dank der Vermittlung Indiens fanden Gespräche zwischen den Maoisten und den Parteien in Indien statt, die zu einer Annäherung im Winter 2006 und zu einer gemeinsamen politischen Strategie gegen die Monarchie im Frühjahr 2007 führten. Der Sturz der Monarchie und die Einbeziehung der Maoisten in eine politische Lösung ist sicherlich zum Teil auch den indischen Bemühungen um eine Vermittlung zu verdanken. Indiens Interesse an einer friedlichen Beilegung des Bürgerkriegs in Nepal liegt, neben der geostrategischen Bedeutung des Landes gegenüber China, auch in der Frage, wie die Maoisten politisch eingebunden werden können. Indien ist seit vielen Jahren mit ähnlichen maoistischen Aufstandsbewegungen (Naxaliten) in vielen Teilen des Landes konfrontiert, die das Innenministerium mittlerweile als größte innenpolitische Gefahr eingestuft hat. Durch die Einbindung der Maoisten in Nepal, die enge Verbindungen zu den Naxaliten in Indien unterhalten, erhofft sich die indische Regierung offensichtlich Hinweise, wie mit dem Problem im eigenen Land politisch umgegangen werden kann.

Von Nepal abgesehen lässt sich aber konstatieren, dass indische Regierungen nach 1991 sehr viel zurückhaltender in Bezug auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten in den Nachbarstaaten gewesen sind. *Regime Change* im Sinne einer aktiven Förderung von demokratischen Institutionen bleibt bis auf Weiteres kein Instrument der indischen Außenpolitik.

4 Indien – Pakistan

Die indisch-pakistanischen Beziehungen werden seit 1947 von der Auseinandersetzung über die Zugehörigkeit Kaschmirs geprägt (Wirsing 1994; Lamb 1994; Bose 2003; Wirsing 2003). Kaschmir ist der zentrale Konfliktpunkt, um den sich die indisch-pakistanischen Beziehungen seit über 60 Jahren drehen. Andere Streitfragen wie der Grenzverlauf im *Runn of Kuch* oder *Sir Creek* spielen demgegenüber eine zu vernachlässigende Rolle. Die Dauerhaftigkeit dieses Konflikts erklärt sich weniger aus den ökonomischen oder strategischen Interessen, die beide Länder in Kaschmir verfolgen, als vielmehr aus dem Symbolgehalt des Konflikts. Die Kaschmirfrage ist nicht nur ein Territorialkonflikt, sondern zugleich auch ein Symbol für die unterschiedlichen Vorstellungen von nationaler Identität, die der Unabhängigkeit Britisch-Indiens 1947 und der Staatsgründung Indiens und Pakistans zugrunde lagen. Deshalb soll zunächst die Bedeutung und Entstehung dieses Konflikts für beide Staaten kurz erläutert werden, bevor anschließend die indischen Einflussmöglichkeiten erörtert werden.

Der Indische Nationalkongress (INK) hatte unter der Führung von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru die Unabhängigkeit Britisch-Indiens und einen gemeinsamen Staat für

alle Religions-, Stammes- und Sprachgruppen Indiens gefordert. Die Muslimliga hingegen hatte unter der Führung von Mohammed Ali Jinnah ab 1940 eine Zwei-Nationen-Theorie entwickelt. Diese sah Hindus und Muslime aufgrund der unterschiedlichen Religionen und Gebräuche als zwei eigenständige Nationen an, die das Recht auf einen jeweils eigenen Staat hatten. Vor dem Hintergrund gewaltsamer Ausschreitungen zwischen beiden Religionsgruppen fürchtete die Muslimliga, dass die Muslime als Minderheit in einem unabhängigen Staat von den Hindus majorisiert werden würden (Kulke / Rothermund 1998).

Bei den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Britisch-Indiens konnte sich die Muslimliga gegen den INK durchsetzen. Die muslimischen Mehrheitsgebiete im Westen und Osten Britisch-Indiens wurden zum neuen Staat Pakistan zusammengefasst. Die beiden Landesteile lagen allerdings über 1500 Kilometer voneinander entfernt. Am 14. August 1947 erhielt Pakistan die Unabhängigkeit, am 15. August 1947 folgte die Gründung der Indischen Union. Die Aufteilung Britisch-Indiens löste eine der größten „Völkerwanderungen“ der Neuzeit aus. Rund 15 Millionen Hindus, Sikhs und Muslime verließen ihre Heimat, um sich in einem der beiden neuen Staaten niederzulassen. Die Umsiedlungen wurden überschattet von blutigen Ausschreitungen und Massakern religiöser Fanatiker, bei denen rund 500.000 Menschen getötet wurden.

Einen Sonderstatus hatten die über 500 Fürstenstaaten, zu denen auch Kaschmir zählte. Es blieb den jeweiligen Herrschern selbst überlassen, sich Indien oder Pakistan anzuschließen oder unabhängig zu bleiben. Da viele dieser „Staaten“ nur wenige Quadratkilometer umfassten und vollständig von Indien oder Pakistan umgeben waren, schlossen sie sich zumeist freiwillig einem der beiden neuen Staaten an. Kaschmir hatte eine muslimische Mehrheitsbevölkerung, wurde aber von einer Hindu-Dynastie regiert. Nach innenpolitischen Unruhen trat der König am 26. Oktober 1947 der Indischen Union bei und erhielt im Gegenzug militärische Unterstützung, um die aufständischen Stammeskrieger zu bekämpfen, die von Pakistan aus unterstützt wurden.

Für Pakistan bildete Kaschmir mit seiner muslimischen Mehrheit die Vollendung der Gründungsidee, dass die Muslime des Subkontinents in einem Staat leben sollten. Aber auch Indien sah im Beitritt des mehrheitlich muslimischen Kaschmirs eine Bestätigung seiner Staatsidee. Die Regierung sah die Indische Union als Staat für alle Religionsgemeinschaften, in dem auch nach der Gründung Pakistans die Muslime die größte Minderheit bildeten. Der Streit um das Kaschmir prägt bis heute das bilaterale Verhältnis zwischen Indien und Pakistan. Kaschmir war die Ursache von drei der insgesamt vier Kriege (1947/48, 1965, 1971, 1999), die beide Länder bis heute geführt haben sowie Auslöser für unzählige bewaffnete Zwischenfälle und bilaterale Krisen, zuletzt im Sommer 2002 (Ganguly 2002). Die indisch-pakistanischen Beziehungen können deshalb bis heute als „Geisel“ des Kaschmirkonflikts gesehen werden. Erst die jüngste Annäherung ab 2003 sowie die Aufnahme des Verbunddialogs 2004 haben einen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, neue vertrauensbildende Maßnahmen sowie verbesserte Reisemöglichkeiten gebracht und das bilaterale Verhältnis auf eine neue, breitere Grundlage gestellt.

4.1 Militär

Indien ist auf den ersten Blick Pakistan militärisch in allen Belangen deutlich überlegen, wie die Angaben der nachfolgenden Tabelle verdeutlichen:

Tabelle 1: Streitkräfte und Militärausgaben in Indien und Pakistan		
	Indien	**Pakistan**
Streitkräfte (gesamt)	1.316.000	619.000
– Armee	1.100.000	550.000
– Marine	55.000	24.000
– Luftwaffe	161.000	45.000
Paramilitärische Einheiten	1.300.586	302.000
Verteidigungshaushalt 2006 (in Mrd. US$)	22,3	4,14
Anteil der Militärausgaben am BIP 2005	3,0%	3,4%
Quellen: IISS 2007; SIPRI 2006		

Die Zahlen relativieren sich jedoch, da die Indische Union mit einer Fläche von 3.278.263 km^2 rund vier Mal so groß ist wie Pakistan, das 796.095 km^2 umfasst.[2] Die indische Bevölkerung ist mit 1.087 Mio. Menschen rund sieben Mal größer als die pakistanische Einwohnerzahl mit rund 154 Mio. Menschen. Die indische Armee ist hingegen nur doppelt so groß wie die pakistanischen Streitkräfte.

Trotz der militärischen Überlegenheit ist es Indien nicht gelungen, seine militärischen Siege gegen Pakistan in politische Erfolge umzumünzen. Am deutlichsten war dies 1971, als der Bürgerkrieg zwischen dem damaligen Ost- und Westpakistan durch die indische Intervention in Ostpakistan zum dritten Krieg zwischen beiden Staaten führte (Sisson / Rose 1990). In Ostpakistan kämpften die Bengalen seit den 50er Jahren für eine größere regionale Autonomie vom Westteil des Landes. Obwohl die Bevölkerungsmehrheit Pakistans die Bengalen im Ostteil des Landes waren, wurde dieser von der Elite im Westen politisch und wirtschaftlich vernachlässigt und diskriminiert. Der Streit um die Einführung von Urdu als einzige Staatssprache hatte bereits 1952 zu einer politischen Konfrontation zwischen beiden Landesteilen geführt, da die Bengalen nicht bereit waren, auf ihre Sprache Bengali zu verzichten.

Bei den ersten demokratischen Wahlen in Pakistan 1970 errang die ostpakistanische Awamiliga (AL) die Mehrheit, doch verhinderten die westpakistanischen Parteien und das Militär die Regierungsbildung. Der Führer der AL, Mujibur Rahman, wurde am 25. März 1971 verhaftet, nach Westpakistan ausgeflogen und dort inhaftiert. Unmittelbar vor seiner Verhaftung hatte Rahman die Unabhängigkeit Ostpakistans verkündet. Kurz nach seiner Verhaftung begann die pakistanische Armee ihre Übergriffe auf die ostpakistanischen Truppenteile, die Polizei sowie auf Demonstranten und Intellektuelle. Die ostpakistanischen Truppen formierten zu den Mukti Bahini (Befreiungsarmee), die in der Folge einen Guerillakrieg gegen die pakistanische Armee entfachten. Sie zogen sich nach Indien zurück und erhielten ebenso wie die Exilregierung der AL in Kalkutta politische und logisti-

2 Die Größe der Indischen Union umfasst die von Pakistan kontrollierten Teile Kaschmirs. Die Fläche Pakistan ist ohne diese Gebiete.

sche Unterstützung von der indischen Regierung (Dixit 1999, 47). Allerdings erkannte die indische Regierung die Exilregierung der AL zunächst nicht an (Wheeler 2000, 57).

Die anarchische Situation in Ostpakistan und die Ausweitung der Kampfhandlungen lösten im Sommer 1971 eine Fluchtwelle nach Indien aus. Schätzungen zufolge strömten ab Juni ca. 60.000 Flüchtlinge pro Tag nach Indien (Kumar 1975, 490). Appelle der indischen Premierministerin Indira Gandhi um eine internationale Lösung scheiterten u. a. am Einspruch der USA. Die amerikanische Regierung billigte das gewaltsame Vorgehen des pakistanischen Militärs gegen die Opposition, obwohl die AL die ersten demokratischen Wahlen 1970 gewonnen hatte. Die Nixon-Administration hatte kein Interesse an einer Schwächung der westpakistanischen Militärregierung von Yahya Khan, da Islamabad während dieser Zeit Ausgangspunkt für die erste geheime Mission von Sicherheitsberater Kissinger nach Peking im Juli 1971 war.

In Reaktion auf die sich damit anbahnenden geopolitischen Veränderungen unterzeichneten Indien und die Sowjetunion im August 1971 einen Freundschaftsvertrag. Die indische Regierung nutzte diese diplomatische Rückendeckung und baute ihre Unterstützung für die AL und die Mukti Bahini aus. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich in Indien auch die Idee eines militärischen Eingreifens in den Bürgerkrieg (Kumar 1975, 494). Im November 1971 bereitete Indien eine militärische Offensive in Ostpakistan vor, sodass es zu ersten militärischen Zusammenstößen mit pakistanischen Einheiten kam. In Reaktion darauf startete Pakistan am 3. Dezember einen Überraschungsangriff im Westen, um Indien zu schwächen (Sisson / Rose 1990, 214). Die anschließende indische Intervention endete nach knapp zwei Wochen mit der Einnahme Dhakas und der Kapitulation der pakistanischen Streitkräfte am 15. Dezember. Der Krieg hatte auch eine heftige Diskussion in den VN ausgelöst. Dank des sowjetischen Vetos kam es zu keiner Verurteilung der indischen Intervention in den VN (Wheeler 2000).

Mit dem militärischen Erfolg nahm Indien entscheidenden Einfluss auf Pakistan, da es dessen Staatsstruktur von Grund auf veränderte. Pakistan erlitt aber nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische und ideologische Niederlage. Die Gründungsidee Jinnahs, dass Pakistan der gemeinsame Staat für die Muslime Südasiens sein sollte, hatte durch den Bürgerkrieg und die nachfolgende Unabhängigkeit Ostpakistans, aus dem der neue Staat Bangladesch hervorging, einen schweren Rückschlag erlitten. Zugleich musste Pakistan erfahren, dass seine wichtigsten Verbündeten, die USA und China, im Krieg 1971 nicht bereit gewesen waren, zu seinen Gunsten zu intervenieren, um die Aufspaltung des Landes zu verhindern.

Dennoch konnte der neue pakistanische Premierminister Z. A. Bhutto, der das Amt nach der Niederlage der Armee am 20. Dezember 1971 übernommen hatte, einen wichtigen politischen Erfolg bei den anschließenden Friedensverhandlungen mit Indien erringen, in dem er eine endgültige Beilegung der Kaschmirfrage verhinderte. Der Vertrag von Simla vom 2. Juli 1972 legte zwar die Kontrolllinie in Kaschmir neu fest, allerdings verzichtete die indische Premierministerin Indira Gandhi darauf, die Kontrolllinie zur endgültigen Grenze zu machen (Kumar 1990, 140; Mattoo 2001). Obwohl Indien die politische Landkarte des Subkontinents 1971 neu zeichnete, konnte es die Stunde der militärischen Überlegenheit nicht nutzen, um den wichtigsten bilateralen Konflikt mit Pakistan dauerhaft zu seinen Gunsten zu entscheiden. Ein Einfluss auf die Regierungsstrukturen in Pakistan war ebenfalls nicht vorhanden. In Pakistan etablierte sich die erste demokratische Regierung

unter Z. A. Bhutto, dessen *Pakistan's People Party* (PPP) bei den Wahlen 1970 die meisten Stimmen im Westteil des Landes erreicht hatte.

Eine weitere militärische Eskalation entwickelte sich erst wieder Mitte der 80er Jahre (Rizvi 1990). Der Vertrag von Simla hatte zwar die Kontrolllinie in Kaschmir festgelegt, jedoch war der endgültige Verlauf am Siachen-Gletscher nicht klar formuliert worden. Im April 1984 besetzten zunächst indische, dann pakistanische Truppen Teile des Gletschers, der damit zum höchstgelegenen Kriegsschauplatz der Welt wurde. Allerdings entwickelte sich daraus ebenso wenig ein weitergehender Einfluss auf die Regierungsstrukturen in Pakistan wie aus dem Militärmanöver „Brasstacks" 1986/87. Das damals größte Militärmanöver seit dem Ende des 2. Weltkriegs wurde von pakistanischer Seite als Vorbereitung eines indischen Militärschlags gesehen. Es ist viel darüber spekuliert worden, ob Indien dies als letzte Möglichkeit sah, einen konventionellen Krieg gegen Pakistan zu führen. Der Vater der pakistanischen Atomprogramms A. Q. Khan machte allerdings während der Krise deutlich, dass Pakistan bereits über Nuklearwaffen verfüge, so dass zum ersten Mal die Gefahr einer nuklearen Eskalation zwischen Indien und Pakistan gegeben war (Bajpai et al. 1995).

Indien und Pakistan haben ihre bilateralen Spannungen auch wiederholt mit Hilfe von nichtstaatlichen Gewaltakteuren ausgetragen. Pakistan nutzte in den Kriegen um Kaschmir 1947, 1965 und 1999 wiederholt Angehörige von Stammesgruppen. Des Weiteren unterstützte Pakistan Anfang der 80er Jahre aufständische Sikhs, die im indischen Teil des Punjab für einen eigenen Staat kämpften. Ebenso förderte Pakistan ab Ende der 80er Jahre militante islamistische Gruppen, die auch Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk hatten, die den Aufstand im indischen Teil Kaschmirs verschärften.

Pakistan war seit der Unabhängigkeit mit einer Reihe weiterer Aufstandsbewegungen konfrontiert, welche die staatliche Einheit in Frage stellten. Indien wiederum unterstützte, wie erwähnt, 1971 die Mukti Bahini, spielte jedoch in den anderen Bewegungen kaum eine Rolle. Am bedeutendsten sind dabei die Aufstände in Balutschistan. Bereits in den 70er Jahren wurde eine Rebellion der Balutschen, die sich von der Regierung in Islamabad stets wirtschaftlich und politisch vernachlässigt fühlten, von der pakistanischen Armee niedergeschlagen (Amin 1988). Seit einigen Jahren ist der Streit wieder eskaliert. Die Balutschen fordern eine größere Teilhabe an den Einkommen aus den Gasquellen ihrer Provinz sowie eine stärkere Beteiligung im Projekt am Hafen Gwadar, der mit chinesischer Hilfe ausgebaut wird. Pakistan hat Indien mehrfach beschuldigt, die Aufstandsbewegung der Stämme in Balutschistan zu unterstützen, und auf die Rolle der indischen Konsulate in Afghanistan hingewiesen. Allerdings gibt es bis heute keine klaren Beweise für ein solches Vorgehen Indiens (Grare 2006). Eine Abspaltung Balutschistans hätte vermutlich den Zerfall Pakistans zur Folge, der angesichts der damit verbundenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen nicht im Interesse Indiens liegt, wie auch der indische Außenminister Mukherjee im Januar 2008 hervorhob (The Hindu 2008).

4.2 Politik

Trotz der gemeinsamen Erfahrungen der Eliten im Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft entwickelten sich in Indien und Pakistan unterschiedliche politische Systeme nach der Unabhängigkeit. In Indien etablierte sich unter der Führung der Nehru-Gandhi-

Dynastie und der Kongresspartei, die aus der Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangen war, ein demokratisches System, das bis heute Bestand hat. Die Muslimliga in Pakistan konnte keine ähnliche Führungsrolle einnehmen. Der frühe Tod Jinnahs und die Spannungen zwischen den beiden Landesteilen führten 1958 zum ersten Militärputsch (Talbot 1999; Jaffrelot 2002; Cohen 2004).

Obwohl sich die indische Unabhängigkeitsbewegung vehement der Forderung der Muslimliga nach einem eigenen Staat widersetzte, hindu-nationalistische Organisationen die Rücknahme der Teilung forderten und der Streit um Kaschmir drei Monate nach der Unabhängigkeit zum ersten Krieg führte, entwickelten beide Staaten in den 50er Jahren reguläre diplomatische Beziehungen. Aufgrund der Teilung und Bevölkerungsumsiedlungen eröffneten sich für Indien kaum politische Kanäle, um auf die innenpolitische Entwicklung in Pakistan Einfluss zu nehmen. Die Sikhs, als dritte große Religionsgruppe, waren von der Teilung 1947 mit am stärksten betroffen, da ihr Siedlungsgebiet, der Punjab geteilt wurde, sie aber keinen eigenen Staat erhielten. Sie mussten Pakistan verlassen und siedelten sich in Indien an. Die wenigen, weiterhin in Pakistan lebenden Hindus spielten im politischen System des Landes oder in den pakistanischen Parteien keine Rolle.

Eine Reihe von strittigen Punkten konnten nach der Teilung durch politische Verhandlungen und Abkommen geregelt werden. Am 18. April 1948 unterzeichneten Indien und Pakistan ein Abkommen in Kalkutta, um die Frage der weiterhin aus Ostpakistan nach Indien einströmenden Flüchtlinge zu regeln (Mitra 1991, 18). Wenige Tage später folgte am 4. Mai 1948 ein Inter-Dominion-Abkommen, mit dem beide Staaten eine erste Regelung der Wasserfrage im Punjab erzielten. Das Karachi-Abkommen vom 27. Juli 1949 legte den Verlauf der Waffenstillstandslinie in Kaschmir fest. Mit dem Liaquat-Nehru-Abkommen vom 8. April 1950 sollte die Lage der Minderheiten in beiden Ländern geregelt werden, nachdem es in Ostpakistan wiederholt zu Ausschreitungen gegen die dortige Minderheit der Hindus gekommen war (Dixit, 2002, 125). Das indisch-pakistanische Abkommen vom 10. September 1958 *(Nehru-Noon Agreement)* regelte schließlich den Grenzverlauf Indiens mit Ostpakistan. Die für Pakistan lebenswichtige Frage der Wasserverteilung im Punjab wurde mit dem Induswasservertrag vom 19. September 1960 geregelt, der unter Vermittlung der Weltbank mit Indien ausgehandelt wurde.

Durch die verschiedenen Abkommen entwickelten sich jedoch für Indien keine politisch relevanten Akteure, über die es auf die innenpolitische Entwicklung in Pakistan hätte einwirken können. Die entgegengesetzten Staatsideen sowie der Kaschmirkonflikt verhinderten eine solche Entwicklung in Pakistan. Aufgrund der eigenen innenpolitischen Spannungen, wie die Auseinandersetzungen zwischen Ost- und Westpakistan und die Konflikte aufgrund der Vorherrschaft des Punjabs gegenüber den anderen Provinzen im Westteil, entwickelte sich die Kaschmirfrage und die Feindschaft gegenüber Indien zu einem identitätsstiftenden Kristallisationspunkt in Pakistan.

Obwohl Indien und Pakistan eine Reihe von politischen Problemen teilen, z. B. die Ansprüche ethnischer Gruppen und damit die Frage nach der Ausgestaltung föderaler Strukturen, gab es in Pakistan keine Ansätze, in solchen Punkten Anleihen beim indische Modell zu nehmen. Indien hatte ab Mitte der 50er Jahre einen Prozess der Reorganisation der Bundesstaaten begonnen, um den Forderungen von Sprachgruppen nach größerer politischer und kultureller Autonomie entgegenzukommen. Die Forderungen der bengalisprechenden Bevölkerungsmehrheit in Ostpakistan gingen in eine ähnliche Richtung. Al-

lerdings war die Militärführung Westpakistans nicht in der Lage, diesen Konflikt politisch zu lösen. Die dominierende Rolle des Militärs, das durch die Bedrohung Indiens seine innenpolitische Position noch stärken konnte, machte es pakistanischen Parteien unmöglich, auch nur ansatzweise eine proindische Haltung in einzelnen Fragen anzunehmen. Die innenpolitische Entwicklung Pakistans verlief somit weitgehend eigenständig und in Abgrenzung zu Indien. Die Idee der Gründerväter zielte auf ein alternatives Staatsmodell zu Indien ab, das auf der Grundlage der Religion den Muslimen des Subkontinents eine moderne Entwicklung bringen sollte. In Indien entwickelte sich aufgrund des Kaschmirkonflikts und der Spannungen mit Pakistan kaum eine Diskussion über die inneren Zustände und die Probleme der demokratischen Entwicklung im Nachbarland.

Die beiden Übergänge zur Demokratie in Pakistan 1970 und 1988 sind deshalb auch in erster Linie das Ergebnis der innenpolitischen Auseinandersetzungen. Nachdem es in den 50er Jahren nur Wahlen in den Provinzen gegeben hatte, und General Ayub Khan 1958 die Macht übernommen hatte, wollte General Yahya Khan, der nach Unruhen im März 1969 die Macht von Ayub übernommen hatte, mit den ersten Wahlen 1970 eine politische Lösung in der anhaltenden Auseinandersetzung zwischen den beiden Landesteilen herbeiführen. 1968 war Mujibur Rahman, einer der Führer der ostpakistanischen Opposition, von der Militärregierung wegen einer angeblichen Verschwörung mit Indien angeklagt worden (*Agartala Conspiracy Case*). Das Verfahren wurde jedoch nach heftigen Protesten und Demonstrationen in Ostpakistan wieder eingestellt. Vieles spricht dafür, dass mit der Anklage eher Rahmans Forderungen nach größerer Eigenständigkeit Ostpakistans unterbunden werden sollte, als dass es einen entsprechenden Plan auf indischer Seite gab.

Auch beim zweiten Übergang zur Demokratie, der mit den Wahlen im November 1988 erfolgte, war Indien allem Anschein nach nicht beteiligt. Der damalige Militärmachthaber Pakistans, General Zia-ul Haq, war im August 1988 bei einem bis heute ungeklärten Flugzeugabsturz getötet worden. Aufgrund innenpolitischer Auseinandersetzungen hatte er im Mai des Jahres bereits das Parlament aufgelöst und Neuwahlen angekündigt. In den zahllosen Verschwörungstheorien, die sich um den Tod Zias ranken, wird zwar neben dem CIA, dem KGB auch immer wieder Indien genannt, doch fehlen, wie für alle anderen Verdächtigen, bis heute abschließende Belege. Bei den Wahlen im November 1988 wurde die PPP die stärkste Partei. Mit Benazir Bhutto übernahm die Tochter von Z. A. Bhutto, der als erster demokratischer Premierminister zwischen 1972 und 1977 regiert hatte, seine Nachfolge; sie wurde zugleich die erste Frau, die das Amt des Premierministers in einem muslimischen Land übernahm. Die indische Regierung begrüßte die Wahlen und die Regierungsübernahme von Benazir Bhutto, die eine zaghafte Annäherung an Indien einleitete.

Angesichts der dominierenden Rolle des Militärs in der Innen- und Außenpolitik haben demokratische Regierungen in Pakistan keine grundsätzliche Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit Indien bewirkt. Der Höhepunkt der Gewalt in Kaschmir in den 90er Jahren geschah in der Amtszeit demokratischer Regierungen in Pakistan, die allerdings kaum Einfluss auf die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen des Militärs hatten. Besonders deutlich wurde dies 1999, als der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif und der indische Premierminister A. B. Vajpayee bei ihrem Treffen in Lahore eine gemeinsame Erklärung unterzeichneten, um eine neue Phase der Annäherung nach den Atomtests vom Mai 1998 einzuleiten. Die Armeeführung unter General Pervez Musharraf hatte im Winter 1999 bereits eine groß angelegte Infiltration in Kaschmir begonnen, die

im Mai/Juni des Jahres zum Kargilkrieg führte. Die von der Regierung Sharif beabsichtigte Annäherung an Indien war damit abrupt beendet. Im Juli 1999 zog die pakistanische Regierung auf Druck der USA die pakistanischen Einheiten hinter die Kontrolllinie zurück (Riedel 2002). Im Oktober des Jahres putschte sich General Musharraf an die Macht. Die letzte Krise entwickelte sich im Sommer 2002, als Indien nach der gescheiterten Erstürmung des Parlaments in Neu-Delhi im Dezember 2001 seine Truppen mobilisierte, um die Lager der militanten Gruppen im pakistanischen Teil Kaschmirs anzugreifen. Die Krise und die bei einem Krieg drohende nukleare Eskalation des Kaschmirkonflikts konnte durch diplomatische Intervention der USA und Großbritanniens beigelegt werden.

Überraschend unternahm der indische Premierminister Vajpayee im April 2003 einen neuen Anlauf für eine Annäherung an Pakistan. Bei einer Rede in Srinagar, der Hauptstadt des indischen Teils Kaschmirs, bot Vajpayee der pakistanischen Führung erneut Gespräche an, um die bilateralen Beziehungen zu verbessern. Im Herbst 2003 vereinbarten beide Seiten einen Waffenstillstand, der die Lage in Kaschmir entspannte.

Bei ihrem Treffen Anfang Januar 2004 verständigten sich Präsident Musharraf und Premierminister Vajpayee auf die Einrichtung eines Verbunddialogs (*composite dialogue*) ab Februar 2004, in dessen Rahmen Pakistan die Kaschmirfrage, und Indien die Frage des Terrorismus erörterten. Zudem verpflichtete sich Musharraf in der gemeinsamen Erklärung, dass von pakistanischem Gebiet keine terroristischen Anschläge mehr ausgehen sollten. Eine Reihe von Anschlägen militanter islamistischer Gruppen in Indien, wie in Delhi 2005, in Mumbai und Varanasi 2006 sowie auf die Zugverbindung mit Pakistan 2007, zielten darauf ab, den Prozess der Annäherung zu sabotieren. Zwar kam es nach den Anschlägen zu kurzfristigen Unterbrechungen, doch wurde der Dialogprozess nicht beendet. Bei ihrem Gipfeltreffen in Neu-Delhi im April 2005 erklärten der indische Premierminister Manmohan Singh und Präsident Musharraf den Friedensprozess als „irreversibel“ und sie verständigten sich auf Grundzüge für eine mögliche Belegung des Kaschmirkonflikts. So lehnte Pakistan die von Indien immer wieder ins Spiel gebrachte Umwandlung der Kontrolllinie in eine internationale Grenze ab. Indien wiederum wies Vorschläge Pakistans für eine Neuaufteilung Kaschmirs mit dem Hinweis auf die Unveränderbarkeit der bestehenden Grenzen zurück. Durch entsprechende Regelungen in den Verfassungen könnte die interne Autonomie des indischen und pakistanischen Teils Kaschmirs ausgeweitet werden, so dass die Kaschmiris eine größere Selbstverwaltung im Vergleich zu den indischen Bundesstaaten bzw. den pakistanischen Provinzen erhielten (Wagner 2005c).

Das Erdbeben in Kaschmir im Oktober 2005 hat den Prozess der Annäherung weiter verstärkt. Indien und Pakistan verständigten sich auf die Einrichtung von Übergangsstellen für die Zivilbevölkerung an der Kontrolllinie in Kaschmir, die damit erstmals durchlässig wurde. Damit wurde ein wichtiger Schritt zur Herstellung einer *soft border* vollzogen, die ganz im Sinne der Vereinbarungen vom Frühjahr 2005 war. Im August 2007 begann der Handel zwischen den beiden Teilen Kaschmirs über die Kontrolllinie, was eine weitere Verbesserung der bilateralen Beziehungen bedeutete.

Bis Ende 2007 gab es insgesamt vier Verhandlungsrunden im Rahmen des Verbunddialogs, in denen vertrauensbildende Maßnahmen wie Reiseerleichterungen, neue Verkehrsverbindungen, u. a. in Kaschmir und im Punjab, sowie der Ausbau der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit vereinbart wurden. Zwar gab es bislang keinen Durchbruch in der Kaschmirfrage, doch haben beide Seiten durch Verhand-

lungen im Hintergrund ihre konträren Standpunkte zu Kaschmir weiter angenähert (*The Friday Times* 2007). Präsident Musharraf hat zudem eine Reihe von Initiativen angestoßen und im Juni 2007 auch erstmals einen Truppenrückzug pakistanischer Einheiten aus Kaschmir ins Gespräch gebracht. Premierminister Manmohan Singh sprach sich im Juli 2007 für eine gemeinsame Nutzung der Land- und Wasserressourcen in Kaschmir aus. Indien hat sich nur sehr zurückhaltend zu den verschiedenen innenpolitischen Krisen in Pakistan im Verlauf von 2007 geäußert. Angesichts der Diskussion über die Möglichkeit eines Staatszerfalls und der Gefahr einer Weitergabe von nuklearen Materialien an islamistische Gruppen hat sich der indische Außenminister Mukherjee im Januar 2008 für ein stabiles Pakistan ausgesprochen (The Hindu 2008). Die neue pakistanische Regierung hat nach den Wahlen im Februar 2008 zu erkennen gegeben, dass sie den von Präsident Musharraf eingeleiteten Prozess der Annäherung an Indien fortsetzen will (*The Friday Times* 2008).

4.3 Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden größten südasiatischen Volkswirtschaften blieben über lange Zeit hinweg ebenso unterkühlt wie ihr politisches Verhältnis. Das geringe Interesse am Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zeigte sich auch daran, dass es lange Zeit nur einen Grenzübergang zwischen beiden Staaten gab. Zudem verfolgten beide Länder zunächst unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien. Indien setzte auf eine gemischte Wirtschaftspolitik mit weitreichenden staatlichen Eingriffen, die sich auf den Binnenmarkt konzentrierte. Demgegenüber verfolgte Pakistan eine exportorientierte Wirtschaftspolitik und konnte in den 60er Jahren z. T. beachtliche Wachstumsraten erzielen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen verbesserten sich erst, als Indien nach den Reformen 1991 eine Politik der Liberalisierung förderte. Im Rahmen der 2006 eingeführten Freihandelszone SAFTA soll der indisch-pakistanische Handel ausgeweitet werden. Dies könnte langfristig dazu führen, dass die Teile der pakistanischen Wirtschaftseliten, die vom Ausbau der Beziehungen mit Indien profitieren, ein größeres innenpolitisches Gewicht erhalten. Allerdings hat sich Pakistan bislang geweigert, der Ausweitung des Handels auf der Grundlage einer Liste sensibler Güter zuzustimmen, sondern setzt in seinen Handelsbeziehungen mit Indien weiterhin auf eine Positivliste von Waren (Subramanian 2007). Dabei gibt es durchaus ein großes Potenzial für Handel, wie die Schätzungen über den Schmuggel indischer Waren nach Pakistan zeigen, der das Doppelte bis Dreifache des offiziellen Exports betragen soll und oft über Drittstaaten in der Golfregion abgewickelt wird.

Die Wirtschaftspolitik hat Indien bislang kaum Möglichkeiten eröffnet, einen Einfluss auf die wirtschaftlichen oder politischen Strukturen in Pakistan zu nehmen. Die Binnenorientierung der indischen Wirtschaft hat dies ebenso verhindert wie das generell angespannte bilaterale Verhältnis beider Staaten. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen war somit kein Mittel, um eine politische Annäherung voranzutreiben, sondern war vielmehr von den politischen Rahmenbedingungen abhängig. Die Verhandlungen zwischen Iran, Pakistan und Indien über den Bau einer Gaspipeline, mit der Indien seine Energieprobleme lösen kann, zeigen weitere Möglichkeiten der indisch-pakistanischen Zusammenarbeit. Pakistan hätte zudem die Möglichkeit, als Transitland für indische Lieferungen nach Afghanistan zu fungieren, um die dortige Regierung beim Wiederaufbau des Landes zu unterstützen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie gering die Einflussmöglichkeiten Indiens über die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit waren. Indien war hier immer von den innenpolitischen Konstellationen und außenpolitischen Erwägungen Pakistans abhängig.

4.4 Zusammenfassung

Indien verfügte nach 1947 kaum über Möglichkeiten, um Einfluss auf die Regierungsstrukturen in Pakistan zu nehmen. Die größte Chance ergab sich nach dem Krieg 1971 und der vernichtenden militärischen Niederlage Pakistans. Erstens veränderte Indien mit der militärischen Intervention und der nachfolgenden Unabhängigkeit Bangladeschs die Staatsstruktur Pakistans grundlegend. Allerdings ergab sich daraus für Indien kein weitergehender Vorteil. Die Einführung der ersten demokratischen Regierungen nach dem Krieg erfolgte in Westpakistan wie in Bangladesch aufgrund der Wahlergebnisse von 1970, die nichts mit Indien zu tun hatten. Zweitens konnte Indien aber auch in der Stunde seines größten militärischen Triumphs nicht seine Interessen langfristig sichern. Das Versäumnis Indira Gandhis, im Vertrag von Simla die endgültige Beilegung des Kaschmirkonflikts zu regeln und die Kontrolllinie zu einer internationalen Grenze zu machen, erwies sich langfristig sowohl für die Entwicklung Kaschmirs als auch für die bilateralen Beziehungen als folgenschwer.

Aufgrund der Staatsgründung auf der Grundlage der Religion und der umfassenden Umsiedlungen bei der Teilung Britisch-Indiens gab es keine strategischen Gruppen, mit denen Indien in Pakistan hätte zusammenarbeiten können. In Pakistan ergab sich durch den schwelenden Kaschmirkonflikt und die Frontstellung mit Indien für Parteien kaum eine Möglichkeit, eine Haltung zu entwickeln, die aus dem anti-indischen Konsens in Pakistan ausgeschert wäre. Indirekt hat Indien allerdings sehr nachhaltig auf die pakistanische Innen- und Außenpolitik eingewirkt. Zwar begann die Entwicklung Pakistans zum „Garnisonsstaat“ (LaPorte 1969) bereits mit dem Putsch von Ayub Khan 1958, doch ist der Aspekt, dass Pakistan in den 61 Jahren seit der Unabhängigkeit nur in ca. zwanzig Jahren demokratische Regierungen aufwies nur durch den Faktor „Indien“ zu erklären. Der Garnisonsstaat hat sich mittlerweile zu einer „Kasernenhofdemokratie“ (Wagner 2008) weiterentwickelt, in der das Militär seine innenpolitische Position noch ausgebaut hat. Die Entwicklung des pakistanischen Nuklearprogramms lässt sich ebenso nur mit dem Faktor Indien und dem Trauma von 1971 erklären.

Angesichts dieser Konstellationen kommt der Annäherung seit 2003 eine besondere Bedeutung zu. Der begonnene Prozess, die bilateralen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Beziehungen auszubauen, könnte dazu führen, dass sich die indisch-pakistanischen Beziehungen allmählich aus der jahrzehntelangen „Geiselhaft“ des Kaschmirkonflikts befreien. Allerdings wird auch diese Entwicklung kaum dazu führen, dass Indien einen wie auch immer gearteten Einfluss auf die Regierungsstrukturen in Pakistan nehmen wird.

5 Indien – Bangladesch

Mit seiner Intervention im Dezember 1971, der militärischen Niederlage Pakistans und der anschließenden Unabhängigkeit Bangladeschs veränderte Indien die politische Landschaft

des Subkontinents nachhaltig. Obwohl konservative Kreise der Kongresspartei und hindunationalistische Gruppen wie die Hindu Mahasabha die Teilung Britisch-Indiens und die Entstehung Pakistans auch nach der Unabhängigkeit 1947 kritisiert hatten, entschied sich Premierministerin Indira Gandhi nicht für die Einbeziehung Ostpakistans in die Indische Union, sondern für die Unabhängigkeit Bangladeschs. Mit der Einbeziehung wäre die von der Muslimliga 1947 erreichte Teilung Bengalens wieder rückgängig gemacht worden. Des Weiteren hätte Indien einen problemlosen Zugang zu seinen Bundesstaaten im Nordosten des Landes erhalten, die bereits zum damaligen Zeitpunkt chronische Bürgerkriegsgebiete waren und kaum an der Entwicklung des Landes teilhatten.

Allerdings gab es auch eine Reihe von Erwägungen, die gegen eine solche Einverleibung sprachen. Erstens hatten die AL und die Mukti Bahini für die Unabhängigkeit Ostpakistans gekämpft und dafür bei den Wahlen 1970 auch ein klares politisches Mandat ihrer Wähler erhalten. Mit der Einbeziehung Ostpakistans in die Indische Union wäre ein neuer Konflikt vorprogrammiert gewesen. Zweitens hätte die Einbeziehung das Gewicht der Bengalen sowie den Anteil der Muslime in der Indischen Union deutlich erhöht. Beide Aspekte wären nicht ohne Folgen für die innenpolitische Balance der Indischen Union geblieben, zumal im Bundesstaat Westbengalen die kommunistischen Parteien ihre Hochburgen hatten (Sisson / Rose 1990, 207). So entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass dank des militärischen Eingreifens Indiens mit Bangladesch ein zweiter muslimischer Staat in Südasien entstand.

Wie eng die Beziehungen zwischen Indien und Bangladesch anfangs waren, zeigte sich u. a. daran, dass Mujibur Rahman nach seiner Entlassung aus der Haft in Westpakistan über London und Neu-Delhi zurück in sein neues Land flog. Bei seinem Zwischenstopp in Indien unterrichtete ihn Indira Gandhi über das Ausmaß der Zerstörung und die Probleme des Wiederaufbaus, die ihn bei seiner Rückkehr am 8. Januar 1972 erwarten sollten (Ziring 1992, 83).

5.1 Militär

Nach der Eroberung Ostpakistans blieb die indische Armee zunächst in Bangladesch. Bereits im Frühjahr 1972 verständigten sich beide Staaten auf einen Rückzug der indischen Truppen. Die indische Regierung wollte den Aufbau der Streitkräfte in Bangladesch durch die Schenkung von ersten Schiffen und Flugzeugen unterstützen. Premierminister Mujibur Rahman lehnte dies jedoch ab und bestand darauf, für die Rüstungsgüter seiner neuen Armee zu bezahlen (Dixit 1999, 132). Eine erste Verstimmung ergab sich durch die Behandlung der pakistanischen Kriegsgefangenen, denen aufgrund von Kriegsverbrechen in Bangladesch der Prozess gemacht werden sollte. Die indische Regierung wirkte in dieser Frage auf Bangladesch ein, um die Kriegsgefangenen ohne Verfahren wieder freizulassen, was Kritik am indischen Verhalten auslöste (Bajpai 1990, 125). Im April 1974 ließ Bangladesch die letzten pakistanischen Kriegsgefangenen ohne Prozess frei (Kumar 1990, 141). Ein weiterer Streitpunkt entbrannte über die Frage des Eigentums der Rüstungsgüter, die Pakistan bei der Kapitulation in Ostpakistan zurückgelassen hatte. Der pakistanische General Niazi hatte vor dem indischen General Aurora kapituliert, der formal Oberbefehlshaber der *Joint Indo-Bangladesh Forces* war, nicht aber gegenüber einem Vertreter Bangladeschs. Nach dem Ende der Kampfhandlungen transportierte die indische Armee die eroberten pakistanischen Waffen und Munition nach Indien. Bangladeschis protestier-

ten dagegen, da sie diese Rüstungsgüter als Eigentum ihres Landes betrachteten. Zugleich befürchteten sie, Indien enthielte ihnen die schweren Waffen vor, um eine spätere Bedrohung zu vermeiden (Lifschultz 1979, 16). Später zeigte sich jedoch, dass Indien einen großen Teil an Waffen und Munition wieder an Bangladesch zurückgegeben hatte (Singh R.N.P 2007, 126).

Natürlich blieb Indien Bangladesch militärisch in allen Belangen überlegen. Allerdings konnte Indien auch gegenüber Bangladesch seine militärische Überlegenheit nicht nutzen, um bilaterale Konflikte zu seinen Gunsten zu entscheiden. Dies zeigte sich nach der Ermordung von Staatsgründer Mujibur Rahman und Angehörigen seiner Familie am 15. August 1975 durch eine Gruppe von Offizieren. Nach diesem ersten Putsch folgte am 3. November ein zweiter Umsturzversuch. Die Gruppe der Offiziere unter General Khalid Musharraf, die zunächst die Macht an sich rissen, soll von Indien unterstützt worden sein. Dies wurde auch mit dem Verweis auf indische Truppenbewegungen an der Grenze in dieser Phase bekräftigt (Maniruzzaman 1976, 192). Allerdings haben selbst bangladeschische Forscher später darauf verwiesen, dass es für die Unterstützung Indiens bis heute keine stichhaltigen Anhaltspunkte gibt (Sobhan 1993, 30). Wenige Tage darauf erfolgte am 7. November 1975 ein dritter Putsch, an dessen Ende General Zia-ur Rahman schließlich die Macht übernahm. Die indische Regierung verfolgte die Entwicklung in Bangladesch mit großer Sorge, galten doch Mujibur Rahman und die AL als Verbündete und standen für eine Außenpolitik, die sich bis dahin trotz der Verstimmungen eng an Indien orientiert hatte.

Der Machtübernahme durch die Armee folgten weitreichende innen- und außenpolitische Veränderungen. Außenpolitisch setzte General Zia-ur Rahman nach 1975 auf einen Ausbau der Beziehungen zu den Golfstaaten, der VR China und den westlichen Industrienationen (Ziem 1994, 150). Allerdings war das Militär in Bangladesch aufgrund seiner Erfahrungen im Unabhängigkeitskampf sehr stark politisiert, so dass nicht alle Armeeteile mit dem Putsch und der nachfolgenden Abkehr von Indien einverstanden waren. Indien setzte nicht nur wirtschaftliche und politische Sanktionen gegenüber Bangladesch ein, sondern unterstützte auch Mujib-treue Armeeteile, die sich nach dem Putsch nach Indien abgesetzt hatten. Bis zur Wahlniederlage Indira Gandhis 1977 unterhielten sie Lager im Grenzgebiet zu Bangladesch und versuchten, in einzelnen Landesteilen eine Rebellion gegen das neue Militärregime zu entfachen (Maniruzzaman 1976, 195; Hossain 1981, 1122). Die diplomatischen Proteste Bangladeschs blieben zunächst wirkungslos und die Interventionen endeten erst nach dem Amtsantritt der Janata-Regierung in Indien 1977. Aufgrund der weiterhin schwelenden Territorialstreitigkeiten kommt es bis heute immer wieder zu Scharmützeln zwischen den Grenztruppen, die Opfer fordern. Allerdings besteht trotz dieser latenten Spannungen nicht die Gefahr eines weiteren Kriegs zwischen beiden Staaten.

Ein weiteres sicherheitspolitisches Problem zwischen beiden Staaten bilden die militanten Gruppen, die im Nordosten Indiens operieren und über Lager und Rückzugsgebiete auf dem Gebiet von Bangladesch verfügen. Die naturräumlichen Gegebenheiten der Region gestatten keine ausreichende Kontrolle und Überwachung der Grenzen. Indien hat wiederholt die Schließung von Lagern militanter Gruppen aus dem Nordosten in Bangladesch gefordert, während Regierungen in Dhaka die Angaben Indiens über die Zahl der Lager in Zweifel gezogen haben (The Hindu 2002; The Independent 2003). Allerdings wurde in oppositionellen Medien in Bangladesch die Existenz von Angehörigen militanter Gruppen aus Indien thematisiert, die z. T. über enge Verbindungen mit einzelnen Parteien und Poli-

tikern in Dhaka verfügten (Dainik Janakantha 2003). Um die Arbeitsmigration und die Bewegungsfreiheit militanter Gruppen zu unterbinden, hat die indische Regierung im Jahr 2000 damit begonnen, die Grenze zu Bangladesch mit einem Zaun zu befestigen. Ende 2003 waren über dreißig Prozent der Grenze dadurch gesichert. Zudem wollen beide Seiten gemeinsame Grenzpatrouillen einführen, um die illegalen Grenzübertritte zu unterbinden (The Telegraph 2003).

5.2 Politik

Die enge Verbundenheit beider Staaten zeigte sich in der umfangreichen indischen Aufbauhilfe für Bangladesch und schlug sich auch in dessen außenpolitischer Orientierung nieder, die in den ersten Jahren zu einer „privilegierten Partnerschaft“ (Pant 2007, 232) führte. Am 19. März 1972 unterzeichneten Indien und Bangladesch einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Frieden, der sich am indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom August 1971 orientierte. Offensichtlich war Mujibur Rahman stärker als Indira Gandhi die treibende Kraft hinter dem Abschluss des Vertrags, mit dem er die außenpolitische Souveränität seines neuen Staates unter Beweis stellen wollte. Angesichts der innenpolitischen Wirren im Land war er anfangs wohl auch nicht abgeneigt, dass Indien durch den Vertrag eine Mitsprache in sicherheitspolitischen Fragen erhielt, die sich nicht nur auf die Außenpolitik beschränkten (Hossain 1981, 1116).

Die am 16. Dezember 1972 verabschiedete erste Verfassung Bangladeschs lehnte sich stark an die indische Verfassung an und fußte wie in Indien auf den Werten Demokratie und Säkularismus (Choudhury 1994, 25). Auch die außenpolitische Orientierung Bangladeschs orientierte sich an der Indischen Union. Analog zu Indien baute auch Bangladesch Anfang der 70er Jahre seine Beziehungen zur Sowjetunion aus, und sowjetische Techniker halfen beim Wiederaufbau des Landes. Aufgrund der engen Anlehnung an Indien und die Sowjetunion blockierte die VR China zunächst die Aufnahme Bangladeschs in die VN. Allerdings endeten die indisch-bangladeschischen „Flitterwochen“ bereits im Herbst 1973 (Dixit 1999, 175). Offensichtlich in dem Versuch, eine größere Abgrenzung vom übermächtigen Nachbarn zu erreichen, wurde das Engagement Indiens in Bangladesch zunehmend kritisch hinterfragt (Maniruzzaman 1977, 192). Mujibur Rahman untersagte den Mitgliedern seines Kabinetts, ohne seine Zustimmung nach Indien zu reisen, die Verzögerungen bei der Frage der Wasserregulierung wurden in Teilen der Presse in Bangladesch als Teil einer indischen Verschwörung gesehen (Dixit 1999, 176).

Bangladesch kam aber auch nach der Unabhängigkeit innenpolitisch nicht zur Ruhe. Infolge der Zerstörungen nach dem verheerenden Wirbelsturm 1970 und dem Bürgerkrieg 1971 war die Versorgungslage katastrophal. Hinzu kam die Spaltung der durch den Unabhängigkeitskampf gegen Pakistan hochgradig politisierten Armee. Die sozialistischen Experimente Mujibur Rahmans und seine Politik der Verstaatlichung hatten zur Folge, dass die westlichen Industriestaaten ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit begrenzten. So hielten die USA 1974 Nahrungsmitteleinfuhren im Rahmen ihres PL-480-Programms zurück, weil Bangladesch Jute nach Kuba exportierte. Mujibur Rahman, der mit seiner AL die Parlamentswahlen 1973 deutlich gewonnen hatte, entwickelte sich immer stärker zu einem autokratischen Herrscher. Eine Reihe von Verfassungszusätzen und Gesetzen hebelten z. T. die Grundrechte aus. Mit dem vierten Verfassungszusatz im Januar 1975 ent-

wickelte sich Bangladesch schließlich zu einer „Einparteiendiktatur“ (Choudhury 1994, 45).

Der Putsch und die Ermordung Mujibur Rahmans 1975 hatten einen umfassenden Politikwechsel zur Folge. Wirtschaftspolitisch forcierte Zia-ur Rahman nach 1975 marktwirtschaftliche Reformen und förderte die Exportproduktion, was die Annäherung an die westlichen Industrienationen erleichterte. Die außenpolitische Neuorientierung brachte auch eine Annäherung an die VR China, die ihrerseits versuchte, ihren Einfluss in Südasien zu Lasten Indiens auszubauen. Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bangladesch und der VR China im Jahr 1976 folgte 1980 ein Handelsabkommen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen. Gerade die Annäherung Bangladeschs an China veranlasste Indira Gandhi 1976, ihrerseits wieder Kontakte zur chinesischen Führung zu knüpfen. Die unterschiedlichen außenpolitischen Orientierungen Indiens und Bangladeschs traten auch bei internationalen Streitfragen zutage. Während die indische Regierung zum Beispiel die sowjetische Intervention in Afghanistan und das Eingreifen Vietnams in Kambodscha kaum öffentlich rügte, kritisierte Bangladesch, wie die Mehrzahl der Staaten der Blockfreienbewegung, dieses Vorgehen (Ghosh 1989, 96).

In Reaktion auf den innen- und außenpolitischen Kurswechsel in Bangladesch schränkte Indien seine finanzielle Unterstützung drastisch ein. Diese hatte 1971/72 noch 111 Mio. US$ betragen und sank bis 1976/77 auf Null. Allerdings erhielt Bangladesch Dank des Politikwechsels in der Folge deutlich größere finanzielle Zusagen von den westlichen Industriestaaten. Das gescheiterte Attentat auf den indischen *High Commissioner* in Dhaka, die rasche Anerkennung von Zia-ur Rahmans Regime durch Pakistan und der Austausch von Botschaftern zwischen Bangladesch und der VR China brachten die indisch-bangladeschischen Beziehungen auf den Tiefpunkt (Ghosh 1989, 88).

Indien verlor damit unter den nachfolgenden Militärregime an Einfluss in Bangladesch und spielte somit auch keine entscheidende Rolle beim Übergang zur Demokratie 1990/1991. Nachdem das Regime von General Ershad, der 1982 an die Macht gekommen war, lange Jahre die beiden großen Partien gegeneinander ausgespielt hatte, kam es nach Unruhen und Protesten im Oktober 1990 erstmals zu einer Zusammenarbeit zwischen den Studentenorganisationen der AL und der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP), die sich zu einer landesweiten Protestwelle entwickelte (Hakim 1993, 32). Ershad verhängte Ende November den Ausnahmezustand, konnte die Proteste jedoch nicht unterdrücken, sodass er Anfang Dezember zurücktrat und die Amtsgeschäfte an eine Interimsregierung übergab (Baxter 1991a). Bei den nachfolgenden Wahlen im Februar 1991 erzielte die BNP eine Mehrheit und stellte die erste demokratische Regierung (Baxter 1991b). Der internationale Druck auf das Militärregime in Bangladesch faire und freie Wahlen abzuhalten, ging in dieser Phase stärker von den großen Geberstaaten des Westens aus, die Bangladesch umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt hatten, weniger von Indien. Dessen Rolle beim Übergang zur Demokratie in Bangladesch 1991 dürfte sich auf die eines Zuschauers begrenzt haben. Die außenpolitische Distanzierung der AL von Indien zeigte sich auch nach der Rückkehr zur Demokratie 1991. So zeigte die AL-Regierung unter der Führung von Sheik Hasina, der Tochter Mujibur Rahmans, 1997 kein Interesse daran, den Freundschaftsvertrag von 1972, der nach 25 Jahren ausgelaufen war, zu erneuern. Dennoch spielte Indien indirekt eine wichtige Rolle in der innenpolitischen Entwicklung Bangladeschs. Am stärksten war dies bei der Frage der nationalen Identität zu spüren.

Die Frage der nationalen Identität

Die Diskussion über die nationale Identität ist auch nach der „doppelten" Unabhängigkeit Bangladeschs – 1947 auf der Grundlage der Religion, 1971 auf der Grundlage der ethnischen Identität – in hohem Maße vom Verhältnis zu Indien bestimmt. Obwohl Mujibur Rahman anfangs stark auf Indiens Unterstützung angewiesen war, bemühte er sich sehr rasch, nicht *„over-dependent"* von Indien zu werden (Dixit 1999, 136). Er formulierte Ansätze eines eigenen Bengali-Nationalismus, der sich an der bengalischen Kultur orientierte. Nach seiner Machtübernahme im Herbst 1975 propagierte Zia-ur Rahman zur Stärkung seiner innenpolitischen Position und zur Legitimation seiner Herrschaft die Vorstellung eines Bangladeschi-Nationalismus. Dieser rückte die Rolle des Islam noch stärker in den Vordergrund und war als Gegenmodell zum Bengali-Nationalismus der AL angelegt (Maniruzzaman 1977, 192). Dieser betonte die gemeinsamen Traditionen der Bengalen und knüpfte damit bewusst ein Band mit den Bengalen im benachbarten Indien. Deshalb orientierte sich auch der Bengali-Nationalismus eher an den säkularen Traditionen des Landes und folgte damit direkt oder indirekt dem indischen Vorbild.

Der von den Militärs geförderte Bangladeschi-Nationalismus hinterließ deutliche Spuren in der innen- und außenpolitischen Entwicklung. 1977 wurde erstmals der Islam in die Verfassung aufgenommen und unterstrich damit auch verfassungsrechtlich den Bruch mit dem einstigen indischen Vorbild. Um seinem Regime eine breitere politische Basis zu geben, gründete Zia-ur Rahman im September 1978 die BNP, die zum wichtigsten innenpolitischen Gegenspieler der AL wurde. Die bilateralen Beziehungen blieben auch unter den demokratischen Regierungen von den Konflikten um die Wasserverteilung, die Grenzfrage und die illegale Zuwanderung belastet.

Der Streit um die Wasserverteilung

Das zentrale Problem war für Bangladesch zweifellos die Frage der Wasserverteilung des Ganges, die den Lebensnerv des Landes, seine Landwirtschaft, traf. Dieses Problem hatte bereits in den 50er Jahren die damals noch indisch-pakistanischen Beziehungen belastet. Seit 1960 hatten beide Seiten darüber Gespräche geführt. 1962 begann Indien, elf Meilen vor der Grenze bei Farraka ein Stauwehr zu errichten, das 1970 fertiggestellt wurde. Damit sollte die Wasserzufuhr des Ganges reguliert werden, um die drohende Versandung des Hafens von Kalkutta zu verhindern. Die Fertigstellung des Stauwehrs hatte die Drosselung der Wassermenge nach Bangladesch zur Folge und brachte gravierende Probleme für dessen Industrie und Landwirtschaft mit sich. Noch im selben Jahr wurde eine erste, vorläufige Vereinbarung über die Regulierung der Wassermenge getroffen, die aber von Indien nur unvollständig umgesetzt wurde und deren Bedingungen sich für Bangladesch als nicht tragbar erwiesen. Da Indien nach dem Militärputsch in Bangladesch im Jahre 1975 nicht bereit war, erneut in Verhandlungen zu treten, und das Verhältnis zwischen Zia-ur Rahman und Indira Gandhi unterkühlt war, entschloss sich Bangladesch, das Problem – zum Missfallen Indiens – zu internationalisieren. Im Mai 1976 brachte Bangladesch das Thema auf der Konferenz islamischer Außenminister in Istanbul zur Sprache, im August auf der Tagung der Blockfreien Staaten in Colombo und erneut im November 1976 auf der 31. Sitzung der Generalversammlung der VN.

Dass eine Verständigung grundsätzlich möglich war und eher von den persönlichen Beziehungen der beteiligten Akteure abhing, wurde 1977 deutlich. Innerhalb von drei Wo-

chen nach der Regierungsübernahme der Janata-Koalition, die Indira Gandhi bei den Wahlen überraschend geschlagen hatte, verständigten sich beide Seiten auf ein Abkommen, das am 18. November 1977 in Dhaka unterzeichnet wurde (Hossain 1981, 1122). Damit war das Problem aber nicht endgültig gelöst. Bangladesch forderte die Einbeziehung Nepals, um durch Staudämme in Indien und Nepal die Wasservorräte für die Trockenzeit zu erhöhen. Damit hätte Nepal sogar einen eigenen Wasserweg in den Golf von Bengalen erhalten. Zwar stimmte die Janata-Regierung dieser Forderung schließlich zu, doch zerbrach die Koalition in Indien bereits wieder 1979, ohne dass weitere Gespräche in diese Richtung geführt worden wären. Indira Gandhi wiederum lehnte nach ihrer Rückkehr an die Regierung 1980 die Einbeziehung Nepals in die Verhandlungen strikt ab.

Auch nach der Demokratisierung Bangladeschs 1990/91 blieb der Streit um das Farraka-Stauwehr ein zentraler Konflikt, nicht nur im bilateralen Verhältnis mit Indien, sondern auch im Streit zwischen den beiden großen Parteien in Bangladesch, der AL und der BNP. So begann nach dem Regierungswechsel in Bangladesch im Juni 1996 die AL mit Indien über die strittige Verteilung des Gangeswassers zu verhandeln. Aufgrund von Zugeständnissen Indiens konnte der Streit um das Farraka-Stauwehr schließlich beigelegt werden. Im Dezember 1996 unterzeichneten beide Staaten ein auf 30 Jahre befristetes Abkommen über die Verteilung des Gangeswasser (Nanda 1996). Im Februar 1999 beschlossen die beiden Staaten die Einrichtung einer Buslinie zwischen Kalkutta und Dhaka und verlängerten im selben Jahr das Transitabkommen. Gemeinsame Flottenmanöver und die Ausbildung von Offizieren aus Bangladesch in Indien unterstrichen die verbesserten Beziehungen in dieser Phase.

Ungeklärte Territorialkonflikte

Ein zweiter Streitpunkt waren die ungeklärten Grenzfragen. Am 16. Mai 1974 hatten beide Staaten ein Abkommen über den Grenzverlauf unterzeichnet. Dieses wurde aber von Indien nicht umgesetzt, so dass es vereinzelt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Grenztruppen kam. Im Austausch für die 1974 an Indien abgetretene Enklave Berubari forderte Bangladesch für seine im indischen Bundesstaat Westbengalen liegenden Exklaven Dahagram und Angorpotta einen Zugangskorridor (*Tin Bagha*, „ein Morgen Land“). 1980 willigte Indien ein, Bangladesch einen solchen Korridor auf Leihbasis zu überlassen (Huq 1993, 108). Im Gegenzug gewährte Bangladesch Indien bessere Transitmöglichkeiten zu seinen nordöstlichen Bundesstaaten. Da die Übergabe des *Tin Bagha*-Korridors durch Indien bis 1990 noch immer nicht erfolgt war, blieb das bilaterale Verhältnis weiterhin belastet (Baxter 1991a, 152). Des Weiteren gab es immer wieder Streit über die Festlegung der Grenze im Golf von Bengalen. Der Grenzziehung in diesem Gebiet kam angesichts vermuteter umfangreicher Öl- und Gasvorkommen große wirtschaftliche Bedeutung zu (Rahman 1984). Durch die naturräumlichen Veränderungen im Gangesdelta war eine neue Insel (South Talpatty/Purbasha) entstanden. Obwohl beide Staaten die Einsetzung einer gemeinsamen Untersuchungskommission vereinbart hatten, wurde das Eiland 1981 von der indischen Marine besetzt. Bangladesch protestierte, musste sich aber den von Indien geschaffenen Realitäten beugen.

Illegale Migration und Minderheitenprobleme

Die illegale Einwanderung von Bangladeschis nach Indien entwickelte sich zu einem dritten Streitpunkt zwischen beiden Staaten. Wenngleich es keine genauen Angaben über das

Ausmaß der Migration gibt, zeigt sich anhand der Zahlen des indischen Zensus, dass die muslimische Bevölkerung in den grenznahen Distrikten zu Bangladesch überdurchschnittlich stark angewachsen ist. Der Zuwachs ist aber nicht allein durch höhere Geburtenraten, sondern nur die beständige illegale Zuwanderung von Bangladeschis in die grenznahen Gebiete zu erklären. Dabei entwickelte sich die Zuwanderung zu einem Politikum in angrenzenden indischen Bundesstaaten wie Assam. Bereits 1978 formierte sich die *All Assam Students' Union* (AASU), die unter anderem die Ausweisung aller ‚Ausländer' forderte. Die ethnischen Spannungen in Assam eskalierten, als bei einem Massaker am 18. Februar 1983 über eintausend Menschen, überwiegend Zuwanderer aus Bangladesch aber auch aus Bihar, getötet wurden (Das Gupta 1991). Um das Problem der illegalen Zuwanderung zu lösen, begann Indien noch im selben Jahr, einen Stacheldrahtzaun und Wachtürme an der Grenze zu errichten, doch wurde diese Aktion später wieder eingestellt.

Weiteren Konfliktstoff lieferte der bewaffnete Aufstand buddhistischer und hinduistischer Stämme in den *Chittagong Hill Tracts* (CHT), dem südöstlichen Grenzgebiet Bangladeschs zu Indien. Die zumeist nichtmuslimische Stammesbevölkerung, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung unter einem Prozent lag, wehrte sich gegen die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen und die staatliche Ansiedlung von muslimischen Bauern, durch die die ethnische Zusammensetzung in der Region verändert wurde. Bewaffnete Gruppen der Stammesbevölkerung widersetzten sich dieser staatlichen Siedlungspolitik. Bangladesch warf Indien vor, diese Gruppen, die auf indischem Gebiet Ausbildungs- und Nachschublager unterhielten, zu unterstützen. Im Dezember 1997 unterzeichneten die Rebellen und die Regierung in Dhaka ein Abkommen, um den Konflikt beizulegen.

5.3 Wirtschaft

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zeigte sich ein ähnliches Bild wie in den politischen Beziehungen. Nach der Unabhängigkeit setzte Bangladesch zunächst auf eine Wirtschaftspolitik, die sich am indischen Vorbild orientierte, um den Wiederaufbau des Landes voranzutreiben. Am 28. März und 5. Juli 1972 wurden zwei Handelsabkommen unterzeichnet, in deren Folge eine zehn Meilen breite Freihandelszone auf beiden Seiten der Grenze eingerichtet wurde. Dies förderte jedoch umfangreiche Schmuggelaktivitäten von Bangladesch nach Indien, so dass sich die Versorgungslage in Bangladesch weiter verschlechterte (Hossain, 1981, 1117). Nach Protesten Bangladeschs wurde diese Freihandelszone wieder aufgegeben (Maniruzzaman 1977, 192). Zum wichtigsten internationalen Handelspartner Bangladeschs wurde neben Indien auch die Sowjetunion, die selbst enge wirtschaftliche Beziehungen zu Indien unterhielt.

Nach dem Militärputsch 1975 zeigte sich eine ähnliche Abkehr von Indien, wie diese auch in den politischen Beziehungen zu beobachten war. Die nachfolgenden Militärregime unter Zia-ur Rahman und Ershad leiteten auch einen außenwirtschaftspolitischen Kurswechsel ein. Die Defizite der *mixed economy* als auch die politischen Wirren im Land hatten bis dahin einen umfassenden Erfolg dieser Strategie verhindert. Es erfolgte die Abkehr von Indien und die Hinwendung zu den westlichen Industriestaaten und China. Durch die Aufnahme des Islam in die Verfassung 1977 eröffnete sich Bangladesch zum einen den Zugang in die Organisation Islamischer Staaten (OIC). Zum anderen ergaben sich damit neue Möglichkeiten, Hilfsgelder aus den Staaten der Golfregion zu erhalten und Gastarbeiter dorthin zu entsenden (Khan 1985).

Die angespannten bilateralen Beziehungen blieben aber auch für die Außenpolitik Bangladeschs von Bedeutung. So unterbreitete General Zia-ur Rahman 1977 im Zuge seiner außenpolitischen Neuorientierung und in dem Bemühen, die Indische Union stärker einzubinden, den Vorschlag, eine südasiatische Regionalorganisation zu gründen (Rahman 1985). Angesichts fehlender politischer und wirtschaftlicher Gemeinsamkeiten sowie zahlloser Konflikte zwischen Indien und seinen Nachbarn, insbesondere mit Pakistan, waren die Voraussetzungen für eine solche Organisation denkbar schlecht. Dennoch setzte der Vorschlag Bangladeschs eine Diskussion in Gang, die im Dezember 1985 schließlich zum ersten Gipfeltreffen und zur Gründung der SAARC führte. Weder Indien noch Pakistan konnten sich trotz ihrer gegenseitigen Vorbehalte einer Teilnahme verschließen, wollten sie nicht dem anderen Staat die Vormachtstellung innerhalb einer solchen Organisation überlassen (Wagner 1993).

Bangladesch ist auch in Energiefragen außenpolitisch für Indien von größter Bedeutung, sowohl als potenzieller Gasproduzent als auch als Transitland für Gasimporte aus Myanmar. Die Exploration von Gasfeldern im Golf von Bengalen vor der Küste Bangladeschs, die in den 90er Jahren deutlich ausgeweitet wurde, schien ein neues Kapitel in den oft angespannten Beziehungen zu Indien einzuleiten. Internationale Firmen wie Unocal sollten das Gas fördern und wollten einen Teil nach Indien exportieren. Damit wäre einerseits Indiens wachsender Gasbedarf befriedigt worden, andererseits hätte Bangladesch seine chronisch negative Handelsbilanz mit Indien verbessern können. Die anfänglich hohen Erwartungen fielen schließlich den innenpolitischen Auseinandersetzungen in Bangladesch zum Opfer, in denen das Verhältnis zu Indien eine wichtige Rolle spielt. In einem seltenen Moment der Einigkeit verständigten sich die bis 2006 regierende BNP und die oppositionelle AL, kein Gas nach Indien zu exportieren (Muni / Pant 2005, 53). Dies erstaunte umso mehr, als zumindest die AL über traditionell gute Beziehungen zu Indien verfügt. Zudem hatten sich auch internationale Ölfirmen, Institutionen wie die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank sowie die USA für die Gasexporte Bangladeschs nach Indien ausgesprochen. Angesichts der chronischen Finanzlücken sowie des Handelsbilanzdefizits gegenüber Indien hätte Bangladesch wirtschaftlich in jeder Hinsicht davon profitiert. Gerade die erbitterte Feindschaft der beiden großen Parteien hat einen wirtschaftlich durchaus sinnvollen Export verhindert, da jede Partei, die eine solche Maßnahme befürwortet hätte, für den Ausverkauf der nationalen Ressourcen verantwortlich gemacht worden wäre.

Auch die Bemühungen, Bangladesch zumindest als Transitland für eine geplante Pipeline von Myanmar nach Indien zu gewinnen, kamen nicht voran. Angesichts der Verzögerungen unterschrieb die Regierung Myanmars im Januar 2006 eine Absichtserklärung mit China über eine Pipeline, welche die indischen Pläne zunächst durchkreuzte. Im August 2006 gab die indische Regierung ihre Pläne für eine Transitpipeline angesichts des politischen Widerstands in Bangladesch auf, da die dortige Regierung ein trilaterales Abkommen mit allgemeinen Handels- und Transitfragen verknüpfen wollte (Times of India 2006). Indien forciert nun den Bau einer Gaspipeline durch seine nordöstlichen Bundesstaaten bis nach Myanmar.

5.4 Zusammenfassung

Es zeigt sich, dass die indische Außenpolitik auch gegenüber Bangladesch nur über wenig Möglichkeiten verfügte, um dauerhaft Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung und den außenpolitischen Kurs des Landes zu nehmen. Die Verfassung Bangladeschs orientierte sich zwar am indischen Vorbild, doch erlangte das Land dadurch keine ähnlichen demokratischen Traditionen, die Mitte der 70er Jahren durch die autokratische Herrschaft Indira Gandhis und den Ausnahmezustand auch in Indien gefährdet waren. Die anfangs umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung Indiens konnte das Scheitern der ersten Demokratie in Bangladesch nicht verhindern. Schon in dieser ersten Phase rief die wirtschaftliche Abhängigkeit vom großen Nachbarn Opposition im Lande hervor. Nach dem Putsch 1975 leiteten die Militärs einen Macht- und Politikwechsel ein und verstanden es, die antiindischen Ressentiments für eigene Zwecke zu nutzen. Muchkund Dubey, der als indischer *High Commissioner* in Dhaka Anfang der 80er Jahre zahlreichen Anfeindungen der dortigen Behörden ausgesetzt war, umriss Indiens Fehleinschätzung gegenüber Bangladesch mit folgenden Worten: *„Many of us in India tend to take Bangladesh for granted."* (zit. nach Saha 2000, 202; Bajpai 1990, 124). Die anfängliche Dankbarkeit Bangladeschs für die indische Unterstützung bei der Gewinnung der Unabhängigkeit wich spätestens mit dem Putsch 1975 einem tiefen Misstrauen. Mit ihrem Konzept des Bangladeschi-Nationalismus und der Aufnahme des Islam in die einstmals säkulare Verfassung 1977 propagierten die Militärs schließlich eine eigene, islamisch geprägte nationale Identität, um damit die kulturelle Abgrenzung zu Indien offenkundig zu machen. Zudem war die ökonomische Hinwendung zu den westlichen Industriestaaten und den Golfstaaten langfristig attraktiver als das indische Modell und die weitere Abhängigkeit von Indien. Die indischen Regierungen unterhielten zwar weiterhin gute Kontakte zu Parteien wie der AL, doch hatten sie einen immer geringeren Einfluss auf die Geschehnisse im Nachbarland, insbesondere auch beim Sturz Ershads und beim Übergang zur zweiten Demokratie in Bangladesch 1990/91. Selbst in Fragen der Energiesicherheit, die beiden Seiten eine Reihe von Vorteilen bringen würden, ist es bis heute für Indien schwierig, seine Interessen gegenüber dem Nachbarn durchzusetzen.

6 Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch

Der Einfluss Indiens auf die Regierungs- und Governancestrukturen in Pakistan und Bangladesch stellt sich als gering dar. Erstens propagierte Indien offiziell immer eine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von anderen Staaten. Natürlich gab es in den Beziehungen zu den Nachbarstaaten wiederholt Abweichungen von dieser Politik, vor allem unter der Ägide von Indira und Rajiv Gandhi in den 70er und 80er Jahren. Aber auch in dieser Phase blieben die Versuche Indiens, Einfluss auf die Regierungsstrukturen zu nehmen, eher sporadisch. Indiens Fehlschläge, vor allem das politische und militärische Fiasko in Sri Lanka von 1987 bis 1990, bewirkten in den 90er Jahren eine außenpolitische Neuorientierung, die ihren konzeptionellen Ausdruck in der Gujral-Doktrin fand. Indien setzt seitdem stärker auf den Ausbau der bi- und multilateralen Wirtschaftsbeziehungen und hofft dadurch, einen Abbau der bilateralen Spannungen zu erreichen.

Zweitens hat Indien gegenüber seinen beiden größten Nachbarn weder eine Politik der Demokratieförderung betrieben, noch war es in der Lage, die bilateralen Konflikte trotz überlegener militärischer und wirtschaftlicher Ressourcen dauerhaft zu seinen Gunsten zu entscheiden. Am ehesten gelang dies in der Zeit zwischen 1972 und 1975 in Bangladesch, als sich Indien umfangreich engagierte. Seit 1975 ist der indische Einfluss aber deutlich zurückgegangen. In den Beziehungen zu Pakistan hat der Sieg 1971 zwar die Staatsstruktur nachhaltig verändert, aber kaum Einfluss auf Regierungsstrukturen oder Politiken in Pakistan ausgeübt. Auch im Hinblick auf die bilateralen Konflikte und die Übergänge zur Demokratie in beiden Staaten zeigt sich, dass Indien seine Interessen nicht in gewünschtem Maße durchsetzen konnte bzw. keine bedeutende Rolle in den innenpolitischen Transitionsprozessen in beiden Staaten gespielt hat.

Eine Ursache hierfür dürfte sein, dass Indien u. a. nicht über ein geeignetes Instrumentarium verfügt, um langfristig auf Regierungsstrukturen und Politiken Einfluss nehmen zu können. Die einzige Strategie Indiens besteht darin, mit freundlich gesinnten Regierungen zusammenzuarbeiten, wie dies z. B. mit der AL in Bangladesch der Fall war. Allerdings gab es auf gesellschaftlicher Ebene z. B. bei den politischen Parteien, Gewerkschaften oder der Wirtschaft nur geringe Verbindungen. Dies zeigte sich besonders deutlich in Bangladesch nach der Ermordung Mujibur Rahmans. Unter den nachfolgenden Militärdiktaturen verlor Indien dramatisch an Einfluss und verfügte über keine Möglichkeiten, eine solche Entwicklung aufzuhalten oder in seinem Sinne zu beeinflussen. Zudem verfügt das indische Modell der Demokratie auch über keinerlei Attraktivität für die Nachbarn, die eine ansatzweise Übernahme von Regierungsstrukturen hätte bewirken können. Dabei gilt Demokratie durchaus in Pakistan und Bangladesch als akzeptiertes Ordnungsmodell, auch wenn deren Entwicklung und Stärkung immer wieder durch eine Reihe interner Konflikte und Vetoakteure behindert wurde (Sethi 2008).

Dieser geringe Einfluss Indiens kontrastiert auffällig mit der Bedeutung, die das Thema „Indien“ in der innenpolitischen Diskussion in beiden Ländern einnimmt. Dabei zeigen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Die große Bedeutung des Faktors Indiens erklärt sich in erster Linie aus dem Ringen um nationale Identität, die in beiden Ländern in Abgrenzung zur Indischen Union erfolgt. Die innenpolitische Entwicklung in Bangladesch ist dabei deutlich stärker vom Verhältnis zu Indien geprägt als in Pakistan. Die Staatsgründung Pakistans 1947 auf der Grundlage der Religion in bewusster Abkehr von den Idealen Indiens, der anhaltende Konflikt um Kaschmir sowie die Zerstörung der Staatsidee durch die Abspaltung Ostpakistans 1971 machen Indien zu einem klaren Feindbild in der pakistanischen Innenpolitik, das durch die Dominanz des Militärs noch gestärkt wird. Von der Aufstandsbewegung der Balutschen abgesehen, die von Indien unterstützt werden soll, spielt der Faktor Indien ansonsten aber keine Rolle in der pakistanischen Innenpolitik.

In den innenpolitischen Diskussionen in Bangladesch ist der Faktor Indien hingegen sehr viel stärker präsent. Die Parteienentwicklung im Land und die politische Auseinandersetzung zwischen der AL und der BNP wurden immer wieder vom Verhältnis zu Indien überschattet. Am deutlichsten ist dies in der damit verbundenen Auseinandersetzung über die nationale Identität des Landes in der Diskussion des Bengali- versus Bangladeschi-Nationalismus. Auch hier hat das Militär sowohl den Islam als auch das Feindbild Indien zur Stärkung seiner eigenen innenpolitischen Legitimation genutzt. Selbst wenn die Möglichkeiten Indiens, auf die Regierungsstrukturen in Bangladesch Einfluss zu nehmen, eben-

falls nur sehr gering waren, so ist doch umgekehrt der Schatten Indiens in der Innenpolitik Bangladeschs deutlich stärker ausgeprägt als in Pakistan. Obwohl Indien in beiden Ländern als Hegemon gesehen bzw. hegemonistischer Absichten bezichtigt wird, zeigt eine genauere Analyse, dass der Schatten der vermeintlichen indischen Hegemonie deutlich größer ist als die reale Ausprägung der indischen Einflussnahme auf die Regierungsstrukturen und Politiken in beiden Ländern.

Literaturverzeichnis

Alagappa, M. (2003): Introduction: Predictability and Stability despite Challenges, in: M. Alagappa (Hrsg.), Asian Security Order: Instrumental and Normative Features, Stanford: Stanford University Press , 1–30

Amin, T. (1988): Ethno-National Movements of Pakistan: Domestic and International Factors, Islamabad: Institute of Policy Studies

Appadorai, A. (1981): The Domestic Roots of India's Foreign Policy, 1947–1972, Neu Delhi

Bajpai, G. S. (1952): India and the Balance of Power, in: The Indian Study Group of International Affairs (Hrsg.), The Indian Year Book of International Affairs, Madras: University of Madras, 1–87

Bajpai, U. S. (1990): Indira Gandhi and India's Neighbours, in: A. K. Damodaran / U. S. Bajpai (Hrsg.), Indian Foreign Policy: The Indira Gandhi Years, Neu Delhi, 115–131

Bajpai, K. P. et al. (1995): Brasstacks and Beyond: Perception and Management of Crisis in South Asia, Neu Delhi

Baxter, C. (1991a): Bangladesh in 1990: Another New Beginning?, in: *Asian Survey* 31 (2), 146–152

– (1991b): Bangladesh Votes 1991: Building democratic institutions, in: *Asian Survey* 31 (8), 683–693

Bose, S. (2003): Kashmir: roots of conflict, paths to peace, Cambridge/Mass.: Harvard University Press

Choudhury, D. (1994): Constitutional Development in Bangladesh: Stresses and Strains, Oxford: Oxford University Press

Cohen, S. P. (2004): The Idea of Pakistan, Washington, DC: Brookings Institution Press

Dainik Janakantha (2003): Bangladeshi press debates presence of Indian separatists, in: *Dainik Janakantha* 25.5.2003

Das Gupta, J. (1991): Ethnicity, Democracy, and Development in India: Assam in a General Perspective, in: A. Kohli (Hrsg.), India's Democracy: An Analysis of Changing State-Society Relations, Princeton, NJ: Princeton University Press, 144–168

Deutsche Bank Research (2005), Globale Wachstumszentren 2020, in: *Aktuelle Themen* 313, 09.02.2005

Dikshit, S. (2008): India to shun partnership with West in Africa, in: *The Hindu* 13.02.2008

Dixit, J. N. (1999): Liberation and Beyond: Indo-Bangladesh Relations 1971–99, New Delhi: Konark Publishers

– (2002): India and Pakistan in War and Peace, London: Routledge

Ganguly, S. (2002): Conflict Unending. India-Pakistan Tensions since 1947, Oxford, New York: Columbia University Press

Ghosh, P. S. (1989): Cooperation and Conflict in South Asia, Neu Delhi: Manohar

Grare, F. (2006): Pakistan: The Resurgence of Baluch Nationalism, Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace (Carnegie Paper 65)

Gujral, I. K. (1998): A Foreign Policy for India, s. l.

Hagerty, D. T. (1991): India's Regional Security Doctrine, in: *Asian Survey* 31 (4), 351–363

Hakim, M. A. (1993): The Shahabuddin Interregnum, Dhaka: University Press

Herz, J. H. (1959): International Politics in the Atomic Age, New York: Columbia University Press

Hossain, I. (1981): Bangladesh-India Relations: Issues and Problems, in: *Asian Survey* 21 (11), 1115–1128

Huq, M. S. (1993): Bangladesh in International Politics: The Dilemmas of the Weak States, Neu Delhi: Sterling Publishers Pvt. Ltd

IISS (The International Institute for Strategic Studies) (2007): The Military Balance, London

Jaffrelot, C. (Hrsg.) (2002): Pakistan. Nationalism without a Nation?, London: Zed Books Ltd.

Jetly, N. (1979): India China Relations 1947–1977: A Study of Parliament's Role in the Making of Foreign Policy, Neu Delhi: Radiant Publishers

Jha, P. S. (1996): Kashmir 1947: Rival versions of history, Oxford: Oxford University Press

Kant, I. (1991): Zum ewigen Frieden: ein philosophischer Entwurf, Nachdr., Stuttgart: Reclam

Khan, Z. R. (1985): Islam and Bengali Nationalism, in: *Asian Survey* 25 (8), 834–851

Kulke, H. / D. Rothermund (1998): Geschichte Indiens: Von der Induskultur bis heute, München: C. H. Beck Verlag

Kumar, S. (1975): The Evolution of India's Policy towards Bangladesh in 1971, in: *Asian Survey* 15 (6), 488–498

– (1990): India and Pakistan, in: A. K. Damodaran / U. S. Bajpai (Hrsg.), Indian Foreign Policy: The Indira Gandhi Years, Neu Delhi: Radiant Publishers, 132–145

Lamb, A. (1994): Birth of a tragedy: Kashmir 1947, Hertingfordbury: Roxford Books

LaPorte, R. jr. (1969): Succession in Pakistan: Continuity and Change in a Garrison State, in: *Asian Survey* 9 (11), 842–861

Lifschultz, L. (1979): Bangladesh: the Unfinished Revolution, London: Zed Press

Maniruzzaman, T. (1976): Bangladesh in 1975: The Fall of the Mujib Regime and its Aftermath, in: *Asian Survey* 16 (2), 119–129

– (1977): Bangladesh in 1976: Struggle for Survival As an Independent State, in: *Asian Survey* 17 (2), 191–200

Mathur, K. D. / P. M. Kamath (1996): Conduct of India's Foreign Policy, Neu Delhi: South Asian Publishers

Mattoo, A. (2001): Next Steps in Kashmir, in: K. R. Sawhny (Hrsg.), Kaschmir: How far can Vajpayee and Musharraf go?, Neu Delhi: Peace Publications, 27–44

Maxwell, N. (1970): India's China War, New York: Penguin Books Ltd

Ministry of Defence (2006): Annual Report 2005–2006, New Delhi

Mitra, A. (1991) The New India; 1948–1955: Memoirs of an Indian Civil Servant, Bombay: Popular. Prakashan

Mohan, R.. C. (2007): Balancing Interests and Values: India's Struggle with Democracy Promotion, in: *The Washington Quarterly* 30 (3), 99–115

Morgenthau, H. J. (1967): Politics among Nations, New York: Knopf

Muni, S. D. (1993): Pangs of Proximity. India and Sri Lanka's Ethnic Crisis, Neu Delhi, Newbury Park, CA: SAGE publications

Muni, S. D. / G. Pant (2005): India's Search for Energy Security: Prospects for Cooperation with Extended Neighbourhood, Neu Delhi: Vedams eBooks (P) Ltd.

Nanda, P. (1996): Indo-Bangla Treaty Is Fair and Just to Both Parties, in: *Times of India* 13.12.1996

Nehru, J. (1946): The Discovery of India, Kalkutta, New Delhi: Oxford University Press

Oneal, J. R. / B. Russett (2001): Triangulating Peace: Democracy, Interdependence and International Organizations, New York / London:

Pant, H. V. (2007): India and Bangladesh: will the twain ever meet?, in: *Asian Survey* 47 (2), 231–249

Rahman, H. M. (1984): Delimitation of Maritime Boundaries: A Survey of Problems in the Bangladesh Case, in: *Asian Survey* 24 (12), 1302–1317

Rahman, S. (1985): Issues and Agenda for South Asia Regional Cooperation: A Bangladeshi Perspective, in: *Asian Survey* 25 (4), 405–425

Raman, B. (2000): Community of Democracies, in: South Asia Analysis Group (Paper 119); online: http://www.southasiaanalysis.org/%5Cpapers2%5Cpaper119.html (Stand: 30.01.2008)

Rao, N. P. V. (1994): India and the Asia-Pacific: Forging a New Relationship, Singapur: Institute of Southeast Asian Studies

Riedel, B. O. (2002): American diplomacy and the 1999 Kargil summit at Blair House, in: *Strategic Digest*, 32 (7), 966– 973

Rizvi, H. A. (1990): Pakistan-India relations in the Eighties, in: *Regional Studies* (Islamabad) 13 (3), 3–31

Saha R. (2000): India-Bangladesh Relations, Kalkutta: Minerva Associates

Sethi, H. (Hrsg.) (2008): State of democracy in South Asia : a report by the SDSA team, Oxford: Oxford University Press

Singh, M. (2006): Extracts of PM's address at the Combined Commander's Conference, Neu Delhi; online: http://pmindia.nic.in/lspeech.asp?id=432 (Stand: 20.10.06)

– (2007): PM's address to the 14th SAARC Summit, April 3, 2007, Neu Delhi; online: http://pmindia.nic.in/lspeech.asp?id=517 (Stand: 04.04.2007)

Singh, R. N. P. (2007): Bangladesh Decoded, Neu Delhi: India First Foundation

SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) (2006): SIPRI Yearbook 2006: armaments, disarmament and international security, Oxford: Oxford University Press

Sisson, R. / L. E. Rose (1990): War and Secession. Pakistan, India, and the Creation of Bangladesh, Berkeley, Los Angeles: University of California Press

Sobhan, R. (1993): Bangladesh: Problems of Governance, Neu Delhi: Konark Publishers

Subramanian, N. (2007): India denies reports in Pakistan newspapers, in: *The Hindu* 28.02.2007

Talbot, I. (1999): Pakistan: A Modern History, London: Palgrave

Tharoor, S. (1982): Reasons of State: Political Development and India's Foreign Policy under Indira Gandhi, 1966–1977, New Delhi: Vikas

The Friday Times (2007): Governments of both countries now have to decide on a time to disclose solution…, Interview mit dem pakistanischen Außenminister Khurshid Kasuri, in: *The Friday Times* 01.–07.07.2007

– (2008): The War on Terror is our War', in: *The Friday Times* 04.–10.4.2008

The Hindu (2002): Bangladesh refutes Indian charge on terrorist camps, in: *The Hindu* 25.12.2002

– (2008): India favours strong, stable Pak: Mukherjee, in: *The Hindu* 04.01.2008

The Independent (2003): Bangladesh again denies existence of Indian militant camps within borders, in: *The Independent* 05.06.2003

The Telegraph (2003): Jolt to border talks, in: *The Telegraph* 02.12.2003

Times of India (2006): India Steps on Gas to Unlock Chinese Threat, 15.6.2006

Varadarajan, S. (2007): India not interested in exporting ideology: Pranab, in: *The Hindu* 20.01.2007

Wagner, C. (1993): Regionale Kooperation in Südasien: Vorgeschichte und Bestandsaufnahme der SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation), in: *Außenpolitik* 2, 181–190

– (2003): Democratic Peace in South Asia? Heidelberg: Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics (Working Paper 16)

– (2005a): Die 'verhinderte' Großmacht? Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947 bis 1998, Baden-Baden: Nomos

– (2005b): From Hard Power to Soft Power? Ideas, Interaction, Institutions, and Images in India's South Asia Policy, Heidelberg (Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics, Working Paper 26)

– (2005c): Eine Roadmap für Kaschmir?, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Aktuell 2005/18)

– (2006): Das politische System Indiens: Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

– (2008): Die Perspektiven für Demokratie in Pakistan, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Aktuell 2008/A 05)

Waltz, K. (1979): Theory of International Politics, Reading, Mass: Prentice Hall

Wheeler, N. J. (2000): India as rescuer? Order versus justice in the Bangladesh War of 1971, in: N. J. *Wheele*r: Saving strangers: Humanitarian Intervention in International Society, Oxford: Oxford University Press, 55–77

Wieck, H.-G. (1997): Indiens Politik der guten Nachbarschaft, in: *Außenpolitik* 48 (3), 291–300

Wirsing, R. G. (1994): India, Pakistan, and the Kashmir dispute: On regional conflict and its resolution, New York: St. Martin's Press

– (2003): Kashmir in the shadow of war: Regional rivalries in a nuclear age, Armonk, NY: M. E. Sharpe

Ziem, K. (1994): Zur Außen- und Sicherheitspolitik Bangladeschs, in: D. Conrad / W.-P. Zingel (Hrsg.), Bangladesch: Dritte Heidelberger Südasiengespräche, Stuttgart: Steiner, 137–156

Ziring, L. (1992): Bangladesh: From Mujib to Ershad: An Interpretive Study, Karachi, Oxford: Oxford University Press

Publications of the German Development Institute

Nomos Verlagsgesellschaft

Messner, Dirk / Imme Scholz (eds): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, 410 p., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1005-0

Neubert, Susanne / Waltina Scheumann / Annette van Edig, / Walter Huppert (eds):Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM): Ein Konzept in die Praxis überführen, 314 p., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1111-1

Brandt, Hartmut / Uwe Otzen: Armutsorientierte landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung, 342 p., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-0555-3

Liebig, Klaus: Internationale Regulierung geistiger Eigentumsrechte und Wissenserwerb in Entwicklungsländern: Eine ökonomische Analyse, 233 p., Nomos, Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-2379-2 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 1)

Schlumberger, Oliver: Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, 225 p., Nomos, Baden-Baden 2008, ISBN 978-3-8329-3114-8 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 2)

Qualmann, Regine: South Africa's Reintegration into World and Regional Markets: Trade Liberalization and Emerging Patterns of Specialization in the Post-Apartheid Era, 206 p., Nomos, Baden-Baden 2008, ISBN 978-3-8329-2995-4 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 3)

[Books may be ordered only through publishing house or bookshops.]

Schriftenreihe bei Routledge

Brandt, Hartmut / Uwe Otzen: Poverty Orientated Agricultural and Rural Development, 342 p., Routledge, London 2007, ISBN 978-0-415-36853-7 (Studies in Development and Society 12)

[Books may be ordered only through publishing house or bookshops.]

Berichte und Gutachten

[Price: 9,63 Euro; books may be ordered directly from the DIE or through bookshops. This publications series was terminated and superseded by the new publications series **"Studies"**, starting November 2004.]

Studies

38 *Klingebiel, Stephan et al.:* Donor Contribution to the Strengthening of the African Peace and Security Architecture, 124 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-373-8

37 *Brüntrup, Michael et al.:* Monitoring Economic Partnership Agreements, 260 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-372-2

36 *Brüntrup, Michael et al.*: Politique commerciale et développement agricole au Sénégal : Les enjeux de la politique d'importation pour certains secteurs agricoles face aux accords sur le commerce international, 157 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-369-2

35 *Vatterodt, Martina*: The Implementation of the Paris Declaration on Aid Effectiveness by the United Nations: progress to date and need for further reforms, 90 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-370-7 (German edition: Studies 31 – ISBN 978-3-88985-359-2)

34 *Liebig, Klaus et al.*: Municipal Borrowing for Infrastructure Service Delivery in South Africa – a Critical Review, 120 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-368-4

[Price: 10,00 Euro; books may be ordered directly from the DIE or through bookshops.]

Discussion Paper

10/2008 *Berger, Axel:* China and the Global Governance of Foreign Direct Investment: The Emerging Liberal Bilateral Investment Treaty Approach, 41 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-400-1

9/2008 *SHAO, Yuqun:* The EU's Central Asia Policy and its Implications for China, 26 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-399-8

8/2008 *Schott, Jeffrey J.*: The Future of the Mulitlateral Trading System in a Multi-Polar World, 18 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-398-1

7/2008 *Manning, Richard*: The DAC as a Central Actor in Development Policy Issues: Experiences over the Past Four Years, 17 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-397-4

6/2008 *Loewe, Markus*: The Millennium Development Goals: Chances and Risks, 26 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-396-7 (German edition: ISBN 3-88985-301-3)

5/2008 *Schetter, Conrad / Katja Mielke:* Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan – eine Analyse aus der Ankerlandperspektive, 90 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-395-0

4/2008 *Bader, Julia*: Innenpolitischer Wandel und seine Auswirkungen auf die Außenpolitik Chinas, 47 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-371-4

3/2008 *Phillips, Lauren M.*: International Relations in 2030: The Transformative Power of Large Developing Countries, 31 p., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-391-2

[Price: 6,00 Euro; books may be ordered directly from the DIE or through bookshops.]

A complete list of publications available from DIE can be found at:

http://www.die-gdi.de